

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Raumverteilung 50 Pfennig, Reklameweile 2, — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Drucke Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei fertige Drucke Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckereibüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Schließt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 1. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Polizeidirektion: Berlin 37 538 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenkassen und Beamten, Walfisch, 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 1100, Berlin 1.

Erfolg Nr. 3 und Nr. 4.

Belgische Ohrfeige — italienische Nase.

Die Brüsseler „Agence Belge“ gibt folgendes bekannt: In Beantwortung der Mitteilung des deutschen Gesandten erklärte der belgische Außenminister, die belgische Regierung sei glücklich, die Note zu erhalten, nach welcher die Reichsregierung die Einladung zu der Sicherheitskonferenz annimmt, die am 5. Oktober in Locarno stattfinden soll, und stelle mit Genehmigung fest, daß die Note keinen Vorbehalt enthält. Was die Erklärungen anbetreffe, die bei der Uebersetzung der Note abgegeben wurden, ohne jedoch Bedingungen für die Annahme Deutschlands zu sein, so erkläre die belgische Regierung, daß in den Fragen der Räumung der Aöner Zone und der Entwaflnung Deutschlands es von der deutschen Regierung selbst abhängt, ihre Lösung durch die Erfüllung der Verpflichtungen zu beschleunigen, an die die Note vom 4. Juni 1923 sie erinnerte. Die Frage der Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands sei durch den Plan eines Sicherheitspaktes nicht aufgeworfen und im übrigen sei sie, was Belgien anbetreffe, nicht nur durch den Versaillesvertrag, sondern auch durch die Erklärungen des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg im Reichstag am 4. August und am 1. September 1914 geregelt.

Auch von dieser Erklärung wird die deutschsprachige Presse mit Recht sagen dürfen: „Nur Rindsköpfe könnten sie anders erwarten.“ Ja, von ihr ganz besonders! Denn Belgien ist in der Geschichte des Kriegsbegins ein Kapitel für sich. Hatte man vergessen, daß zu den Regierungen, denen das unglückliche Memorandum überreicht werden mußte — wenn es überhaupt überreicht wurde — auch die belgische gehörte? Und konnte man daran zweifeln, daß sich demgegenüber die belgische Regierung auf die Erklärungen berufen würde, die die kaiserliche Regierung selbst in entscheidenden Stunden abgegeben hatte? Die Erklärung des kaiserlichen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg über Belgien am 4. August 1914 hatte folgenden Wortlaut:

Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens zu respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiert; wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereuht. Frankreich konnte warten, wir nicht. Ein französischer Einfall in unsere Platte am Unterthein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

Deutschland hat keinen Anlaß, diese Erklärung, der die Sozialdemokraten zugestimmt haben und auch heute noch zustimmen, zu vergessen. Aber die Erinnerung an sie gerade jetzt vor der Konferenz von Locarno heraufbeschworen zu haben, ist ein ganz besonderer Triumph deutschnationaler Diplomatie.

Man mag den Ton der französischen und der englischen Note, besonders der englischen, hochschreiend und unhöflich

finden — die belgische Regierung aber hatte zweifellos ein Recht, so zu antworten, wie sie geantwortet hat; dieses Recht ist ihr vom kaiserlichen Deutschland selbst zugestanden worden. Und so wird die diplomatische Niederlage, die sich die deutsche Reichsregierung mit ihrer unsinnigen Aktion geholt hat und holen mußte — nur „ein Rindskopf“ konnte anderes erwarten — auch die belgische Antwort erst zu einer vollkommenen gemacht.

Italiens Antwort.

Rom, 30. September. (W.B.) Die „Stefani“ meldet, wurde die italienische Regierung, die zugleich mit den übrigen Alliierten Mitteilung von der deutschen Note über die Teilnahme an der Sicherheitskonferenz und von den diesbezüglichen mündlichen Erklärungen erhielt, über den Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen über die Deutschland zu erzielende Antwort unterrichtet. Da der Sicherheitspakt auf der vollkommenen Achtung vor den Verträgen gegründet sein soll, ist es nicht möglich, die durch die Erklärungen Deutschlands angeregten Fragen in Erwägung zu ziehen. Die Mitteilung, die die italienische Regierung an die deutsche Regierung gerichtet hat, ist in diesem Sinne abgefaßt.

Nachwirkungen in Frankreich.

Paris, 30. September. (Eigener Drahtbericht) Man würde sich einer Täuschung hingeben, wenn man jetzt annimmt, daß durch die formelle Erledigung der Angelegenheit der äusserst verwirrende Eindruck, den das Vorgehen der deutschen Regierung vor allem in den Linkstreifen gemacht hat, ausgelöscht ist. Gerade die Leute, die den Schuldparagraphen des Versaillesvertrages schon öffentlich bekämpft haben, sind der Ansicht, daß Deutschland keinen unglücklicheren Augenblick wählen konnte, um die Frage wieder aufzuwerfen. Dadurch, erklären sie, sei Briand lediglich gezwungen worden, eine Antwort zu geben, die auch gewissen späteren Auseinandersetzungen, die hätten möglich sein können, einen Riegel vorschiebe. Außerdem habe man den Feinden der Außenpolitik der Linken und vor allem den Gegnern ihrer konsequenten Durchführung, wie sie Briands letztes Programm bilde, neue Chancen gegeben. Denn wenn die öffentliche Meinung Frankreichs zur Ueberzeugung gelange, daß die Deutschnationalen aus den Sicherheitsverhandlungen innerpolitische Erfolge herauszuschlagen wollten so würde der Sicherheitspakt rasch ebenso unpopulär werden, wie er bisher populär war.

Jedenfalls ist durch die unter dem Druck der Deutschnationalen erfolgte Ueberreichung der Verbalnote etwas erreicht worden: eine unbestreitbare Vergiftung der Atmosphäre und eine Stärkung der nationalistischen Opposition in Frankreich, die in dem Sicherheitspakt nichts weiter sehen will als „ein Verzicht, durch das man Frankreich auf die Abwege weiterer Verzichte locken will“. Deshalb wird die Taktik, die die deutsche Regierung am Vorabend des Zusammentritts der Sicherheitskonferenz für gut befunden hat, am härtesten in jenen Kreisen beurteilt, die bisher am energischsten für die Paktspolitik eingetreten sind.

„An dem Gehehentwurf wird im Reichsarbeitsministerium mit allen Kräften und unter Zurückstellung aller ausschließbaren Aufgaben gearbeitet. Ich habe mich für die Beschleunigung dieser Arbeit persönlich in jeder Weise eingesetzt, und sogar während meiner Beurlaubung die schnelle Förderung dieser Arbeit meinem Vertreter besonders ans Herz gelegt. Mein bei den Akten des Ministeriums befindlicher Auftrag an diesen vom 17. August zeigt wohl am besten die ganze Haltlosigkeit der Behauptung Dr. Meisingers...“

so kann man dazu nur bemerken, daß hier der Ministerialdirektor zu viel ableugnet.

Seit dem Erlass der Arbeitszeitverordnung sind 21 Monate verstrichen. Was ist seitdem geschehen? Man hat gegen die Arbeiter Zwangsschiedsprüche gefällt, die die Arbeitszeit für viele Berufe auf neun bis zwölf Stunden verlängern und man hat den Achtstundentag der Beamten und Eisenbahner beseitigt. Die verhältnismäßig einfache Kodifizierung des Achtstundentages — einfach, wenn man diesen wirklich will und nicht noch tausend Hintertüren sucht, um ihn zu durchbrechen — hat man mit allen Mitteln... „beseitigt“. So sagt Dr. Sipler. Dr. Meisinger sagt „in die Länge gezogen“. Nach den Tatsachen ist die Lesart Dr. Meisingers die richtige.

Aber was ist das für eine Demensternschneise! Am Freitag vormittag wird ein ungeheuerliches Dokument veröffentlicht. Sonnabend nach erscheint eine erste Erklärung, die den Eindruck abzuschwächen versucht, ohne den Kern zu leugnen. Nachdem der Standa immer größere Dimensionen annimmt, erscheint weitere vier Tage später eine neue Erklärung, die einfach alles ableugnet. Eine derartige Ableugnung kommt zu spät, um glaubhaft zu sein.

Gewerkschaften und Arbeitsministerium.

Heute Unterredung mit Dr. Brauns.

Wie wir erfahren, werden heute mittag die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Unterredung haben, die die Aktennotiz zum Gegenstand haben wird. An der Unterredung nehmen außer dem ADGB, und dem AFV-Bund auch die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften teil.

In später Nachstunde verbreitet das Wolff-Bureau eine lange Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Sipler, in der dieser so ziemlich alle Mitteilungen der Aktennotiz des Dr. Meisinger ableugnet. Die Informationen, die der Ministerialdirektor dem Unternehmerstand gegeben habe, wären vorher bereits den Gewerkschaften erteilt worden. Wir fragen: Auch die Mitteilung über die „Aufklärung“ der Schlichter in Aöfen?

Werkwürdig ist, daß der Ministerialdirektor erklärt, dem Minister von der Unterredung überhaupt keine Mitteilung gemacht zu haben, während der Minister in seiner Erklärung vom Sonnabend nicht bestritt, darüber informiert zu sein. Wenn in der Erklärung vom Sonnabend der Minister klipp und klar gesagt hätte, daß ihm von der Unterredung keinerlei Mitteilung zugegangen ist, würde die ganze Angelegenheit ein ganz anderes Gesicht bekommen haben.

Auch die übrige Darstellung des Ministerialdirektors stimmt nicht überein mit der Erklärung vom Sonnabend, an der der dritte Zeuge, Ministerialrat Dr. News, mitgearbeitet hat. Wenn Dr. Sipler schließlich in der Frage der Arbeitszeit sagt:

Ein Schicksalstag.

Inkrafttreten des gesamten Zolltarifs — Preisabbauenden.

Heute, am 1. Oktober, tritt der Zolltarif mit seiner vollen Schärfe in Kraft, nachdem schon seit einem Monat die wichtigsten Nahrungsmittel der Verzollung unterliegen. Gleichzeitig erhalten die Einfuhrscheine Geltung, die den Gewinn der Agrarier aus den Zöllen sicherstellen und die Ausfuhr deutscher Bodenerträge begünstigen. Am 1. Oktober wird ferner die Umsatzsteuer um ein Drittel, nämlich von 1 1/2 auf 1 Proz. gesenkt. Diese letztere Maßnahme müßte eigentlich ein Sinken der Preise, und zwar um mehrere Prozent bewirken, nachdem die Interessenten jahrelang auf die Verteuerung der Produktion und des Warenumsatzes durch Steuerhinterziehung hingewiesen haben. In der Tat hat man hier und da von Preisermäßigungen in geringem Ausmaß gehört. Aber dieses Maß war viel zu gering, um eine irgendwie fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten und eine entsprechende Steigerung des Reallohnes herbeizuführen. Neben der Herabsetzung der Umsatzsteuer laufen weitere Bemühungen der Regierung, einer Teuerung Einhalt zu gebieten. Die Industrie hat sogar versprochen, diese „Preisabbauaktion“ zu unterstützen. Sie hat aber bereits beim Kampf der Regierung gegen den Kartellwucher Anlaß gefunden, entgegen ihren Versprechungen zu handeln. Die Regierung Luther, bange ihrer Taten, hat die „Preisentlastungsaktion“ hauptsächlich deshalb eingeleitet, um von den verheerenden Wirkungen des Zollgesetzes abzulenken. So wird der 1. Oktober zu einem Schicksalstag für die deutsche Wirtschaft: die Absperrungen der Grenzen gegen eine gesunde Auslandskonkurrenz drängen die Preise nach oben. Starke Kartelle suchen die Gewinnmöglichkeiten, die sich daraus ergeben zu realisieren. Und gegen die Windmühlensüßeln, die die Politik Luthers zum Drehen gebracht hat, rennt — ein moderner Don Quixote — der Beamtenapparat derselben Regierung Luther an.

Man überschäue einmal die preistreibenden Momente, die durch das Zollgesetz künstlich geschaffen wurden.

Da sind zunächst die Lebensmittelzölle. Zu einem Teil sind sie, wie erwähnt, mit den ermäßigten, bis zum Ende dieses Wirtschaftsjahres vorgesehenen Sätzen bereits in Kraft. Daß sie sich nicht in ihrer vollen Schärfe ausgewirkt haben, liegt nicht an dem Willen der Zöllner, sondern an dem überaus guten Ernteertrag in Getreide und an der Schleuderkonkurrenz Polens, das, selbst unter dem Druck einer schweren Geldknappheit große Getreidemengen zu niedrigen Preisen auf den Markt wirft. So trägt es zur Niedrighaltung der Preise in Deutschland bei, wo infolge der allgemeinen Kreditverengungen das Angebot gerade um die Erntezeit herum besonders groß ist. Ueber die Wirkung der Getreidezölle wird abschließend erst dann geredet werden können, wenn diese anormale Marktlage überwunden ist. Im übrigen hat auch der deutsche Verbraucher von dem großen Preissturz, der im Großhandel zu verzeichnen war, nur wenig zu spüren bekommen. Die Regierung hat die Senkung des Brotpreises selbst um 5 Pf. je Kilo oder genau 12 1/2 Proz. angegeben, während Roggen seit März um etwa ein Drittel seines damaligen Wertes gesunken ist. Die Wirkung der Zölle ist hier also ganz offenkundig die, daß alle an der Verarbeitung des Getreides beteiligten Kreise sich weigern, aus der gegebenen Marktlage die notwendigen Schlüsse zu ziehen, weil sie auf eine baldige neue Teuerung rechnen.

Diese, dem Preisabbau feindliche Wirkung wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß die bereits vorhandenen Lebensmittelzölle mit dem heutigen Tage durch ein raffiniertes System des lückenlosen Zollschutzes ergänzt werden. Zu den Zöllen auf Getreide, Mehl, Vieh, frisches Fleisch, Malz und Zucker treten hohe Zollsätze auf Obst, Fette und Fettprodukte, Oele, kurz alle Lebensmittel, die noch bisher die Landesgrenze frei oder mit geringen Zöllen passieren konnten. Die Kommunalbehörden und Preisprüfungsstellen, die schon jetzt den auf die Dauer aussichtslosen Kampf gegen die Fleischsteuerung führen, sind sich dessen bewußt, daß eine wirksame Abhilfe nur möglich ist, wenn mehr Nahrungsmittel, insbesondere Gefrierfleisch in das Land zollfrei hereingelassen werden. Die Regierung hat sich darum nicht gekümmert und mit Hilfe der Rechtsparteien alle Einwendungen gegen ihre Zollpolitik mundtot gemacht.

Nicht minder gefährlich als die Nahrungsmittelzölle sind die zahlreichen Zollerhöhungen auf Industriewaren, die mit dem 1. Oktober wirksam werden. Mit einer Sorgfalt, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, hat die Regierung alle Waren herausgesucht, mit deren künstlicher Verteuerung sie dem Industriekapital einen Dienst erweisen konnte. Angefangen beim Bimsstein über chemische Produkte aller Art bis zu den Darmfäden läuft das große Register der Waren, deren Erzeugung „schubbedürftig“, deren Preise stützungsbedürftig sein sollten. Man hat die Zölle auf Bekleidungswaren gegenüber den Vorkriegsstand verdoppelt, verdreifacht, vervierfacht, ja bei einzelnen Warengruppen sogar verzehnfacht. Man war damit nicht kleinlich. Denn es war ja eine Lohnbewegung des Großkapitals, und um sie zu entscheiden, brauchte man nicht einmal einen Schlichter, der beide Parteien hört. Man mußte vorher, daß die großen

Industriekarteile von den Ausfächten, die ihnen dieser Ausschluß fremder Konkurrenz brachte, vollen Gebrauch machen würden. Man hätte bestimmte Zollgruppen, so diejenigen für Automobile, sogar mit der ausgesprochenen Absicht geschaffen, den durch den Stand der Weltmarktkonkurrenz bedingten Preisabbau hinauszuzögern. Jetzt stellt man sich hin und gibt den Interessenten gute Worte, damit sie wenigstens von ihren überspannten Preisforderungen ablassen und verbucht es bereits als einen großen Erfolg, wenn die Preise nicht so schnell steigen, wie man befürchtete. Im Lande geht der Weltgeleier um, Nischenkonzerne trachten wie Karrenhäuser zusammen, kleine Firmen verschwinden ohne großes Geräusch. Der Drang, aus der Geldklemme herauszukommen, veranlaßt vielleicht in einzelnen Branchen die und da zu Rot- und Scheidewerksäufen. Prompt registriert das der amtliche Apparat als einen Erfolg der „Preisfunktionsaktion“; nur vergißt er zu erwähnen, daß der Preisabbau an diesen Stellen keineswegs ein Erfolg der Regierung, sondern allenfalls ein Ergebnis der Reichsbankpolitik ist, die im Kampf um die Erhaltung der Währung sich weigert, die Kreditgewährung auszudehnen.

Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Wirkung der Zölle auf die Dauer eine verteuernde ist und daß sich diese Wirkung nicht mit kleinen und kleinschichtigen Maßnahmen ausschalten läßt. Im Gegenteil: Die Teuerung wird mit um so größerer Heftigkeit fortschreiten, je mehr die Zerrüttung des Warenmarktes durch Kreditnot und Kapitalknappheit nachläßt. So sieht schon von den großen Kapitalaufnahmen der Landwirtschaft und der Industrie zu befürchten, daß sie jeden Anlaß der Preise, unter den durch das Weltmarktniveau und den Zoll gegebenen Stand zu sinken, wieder in sein Gegenteil verkehren. Man kann eben nicht mit der einen Hand die Voraussetzung für Preiserhöhungen schaffen, mit der anderen dem so vorgezeichneten Lauf der Dinge Einhalt gebieten.

Die ganze Aktion ist nur ein Eingeständnis der Fehler, die die Regierung mit ihrer Zollpolitik auf Verreiben der Interessenten trotz aller Warnungen der Opposition gemacht hat. Man wußte, daß man bis zum 1. Oktober keine Möglichkeit zum Abschluß wesentlicher neuer Handelsverträge hat, die geeignet sind, die hohen Zolltariffrage sozusagen automatisch zu revidieren und herabzusetzen. Trotzdem ließ man es nicht nur darauf ankommen, daß die hohen Zölle des autonomen Tarifs zum Maßstab der Preisfestlegung der Industrie wurden, man kündigte sogar den deutsch-spanischen Vertrag, dessen ganze Behandlung ein Freiheitsbrief für alle Quertreiber einer vernünftigen Handelspolitik ist. Man beschwor den Zollkrieg mit Polen heraus, ohne zu bedenken, daß ein geschicktes Polen der Einfuhr aller Staaten und damit auch dem deutschen Export dorthin größere Schwierigkeiten in den Weg legen könnte als ein ungeschwächtes. Man ließ die gütliche Verhandlungsmöglichkeit mit Frankreich vorüber, man hat mit Italien noch immer keine geordneten Handelsbeziehungen. Und je länger dieser Zustand andauert, je weniger Erfolge der deutschen Außenhandelspolitik sichtbar werden, desto mehr schwillt denjenigen Unternehmergruppen der Kammern, die auf die hohen Zölle wie auf einen Dauerzustand rechnen. Desto mehr müssen sich auch die Fehler der ganzen Struktur unseres Zolltarifs zeigen, der viel zu sehr die Rohstoffe- und Halbfabrikatverarbeiter begünstigt und die Fertigungsindustrie und unseren Export schädigt. Der Ausweg, den deutsche Unternehmer aus diesem Wirrwarr sucht, geht über niedrige Löhne, über die Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwächsten durch Schmälerung ihrer sozialen Existenz und Verlängerung der Arbeitszeit. Dieser Ausweg ist derselbe, den man in der Inflation so oft angepriesen hat und der schließlich dort endete, daß die deutschen Unternehmer nichts so sehr fürchteten wie die mit doppelten und vierfachen Löhnen hergestellten Waren der englischen und amerikanischen Konkurrenz, daß wir exportunfähig wurden an unseren hohen Preisen.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zölle hat den ganzen

Konflikt, in den die Regierung mit ihrer Interessentenfreundlichen Zollpolitik hineingeschludert ist, in voller Schärfe gezeigt. Sie, und niemand anders ist verantwortlich für das, was kommt. Und sie ist an ihrer Warte gegenüber den großen Massen der Arbeiter und der Verbraucher gebunden, die jedenfalls den Preisbetrug nicht mit derselben Gelassenheit aufnehmen werden, mit der man den Aufwertungsbeitrag aufgenommen hat.

Konsumgenossenschaften und Preisabbau.

Der Reichskanzler empfing gestern nachmittags Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu einer Aussprache über Möglichkeiten weiterer Preisfunktionsaktion. Die Vertreter der Konsumvereine erklärten sich bereit, die eingeleitete Preisfunktionsaktion mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Konsumvereine werden darauf Bedacht nehmen, daß ihre Verkaufspreise unter sparsamster Kalkulation festgesetzt werden.

Nach der diplomatischen Niederlage.

Kuddelmuddel bei den Rechtsparteien.

Die deutschnationalen Presse setzt ihre grotesken Versuche fort, dem schwarzweißen Stimmloch einzureden, daß die Kriegsschuldaktion wünschenswert sei. Nur zwei deutschnationalen Zeitungen taugen außer der Reihe, weil die Regie der Parteileitung offenbar keinen Einfluß auf sie mehr ausüben kann. Die halbblutige „Deutsche Zeitung“ nimmt kein Blatt vor den Mund.

„Wir haben uns blamiert, grenzenlos blamiert, und unsere Regierenden sind dabei noch stolz auf das, was wir ihrer Meinung nach erreicht haben.“

Das alldeutsche Organ ruft sogar pathetisch aus:

„Für alle diejenigen aber, die noch eine deutsche Ehre im Reibe haben, sollen die Vorgänge der letzten Tage Anlaß geben, nun endgültig den Gedanken aufzugeben, daß mit der seit November 1918 beliebten Regierungsmethode der Weg ins Freie gefunden werden kann. Das nationale Deutschland darf, wenn es vor den kommenden Geschlechtern und der Weltgeschichte bestehen will, nichts von dem anerkennen, was auf der Konferenz zu Locarno verabredet oder vereinbart wird, es sei denn, daß die Maßnahmgewehre seiner eigenen Regierung es dazu zwingt oder mit Hilfe des Republikkongresses im Referendum undat macht. Der Feind kann uns jedenfalls nicht zwingen, unsere Ehre preiszugeben.“

Das sind ja nette Aussichten! Vielleicht bereitet Justizrat Claß noch ein kleines Attentat gegen den „Retter“ vor, unter dessen Auspizien mit der deutschen Ehre dermaßen Schindluder getrieben wird.

Auch der „Reichsbote“ gesteht offen ein:

„Die deutsche Regierung hat gleich im Anfang eine schwere Niederlage erlitten, die auf den Verlauf der Konferenz die tiefsten Schatten vorauswirft und für die deutschen Belange keinen Funken von Hoffnung, daß wenigstens etwas nicht ganz Unerträgliches herauskommen könnte, aufkommen läßt. Die Streikmanische Politik ist das schwerste Verhängnis, das Deutschland nach allen schweren Schlägen und Demütligungen noch hat treffen können. Wir können nicht glauben, daß die deutschgestimmten Kreise im Lande sie ruhig hinnehmen werden. Hier liegt ein neuer schwerer Stein des Anstoßes, an dem sich die Welterschreien müssen. Zur Befriedigung und Einigung des deutschen Volkes kann diese aufschläge Unterwürfigkeit gestützte Abenteuerpolitik nicht führen.“

Nach diesen beiden Zitaten wirken die Vorwürfe, die andere deutschnationalen Blätter ausgerechnet gegen die deutschen Linksparteien erheben, doppelt komisch. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nämlich:

„Deutsche Linkskreise bemühen sich, auf Grund ihrer rein innerpolitischen Einstellung, die sie für die Erfordernisse einer nationalen deutschen Außenpolitik vollkommen blind macht (!), den Schritt der deutschen Reichsvertreter in den Hauptstädten der Alliierten nicht nur als bedeutungslos, sondern geradezu als einen Fehlschlag und als eine Blamage hinzustellen.“

Wir begnügen uns damit, die Leser des Landbundorgans auf die „Deutsche Zeitung“ und auf den „Reichsbote“ zu verweisen und werden erst dann gestehen, daß es nur die Linkspartei ist, die von einem Fehlschlag und einer Blamage sprechen, wenn man uns nachgewiesen haben wird, daß der alldeutsche Verband und die monarchistischen Oberkonfessionärsräte, die hinter diesen beiden Blättern stehen, neuerdings zu den Linksparteien zählen.

Der „Lokal-Anzeiger“ schlägt in dieselbe Kerbe: die Linkspresse sei schuld, aus blindem Parteihaf verfuhr sie, aus den Antagonisten der Franzosen und Engländer Kapital gegen die Deutschnationalen zu schlagen. Das Hugenberg-Blatt bemüht sich also wieder einmal, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Wir haben uns lediglich dagegen gewandt, daß die Deutschnationalen aus rein parteiagogischen Gründen die Regierung dazu zwingen, eine sinnlose Aktion zu unternehmen, die nicht anders als mit einer riesigen Blamage und mit einer Schädigung der deutschen außenpolitischen Position enden konnte. Jetzt erwarten die Deutschnationalen von uns, daß wir die Folgen ihres frechen Spiels beschönigen und gemeinsam mit ihnen Front gegen die böse Entente machen, die sich erdreistet habe, vor den „nationalen“ Stammtischen nicht Kotau zu machen. Das ist ein bißchen viel von uns verlangt.

Außerdem versucht der „Lokal-Anzeiger“ die Verantwortung der Deutschnationalen zu vertuschen und vertritt sich hinter das Argument, daß es sich bei dieser Aktion um einen amtlichen Schritt der Reichsregierung gehandelt habe. Das ist ja der Gipfel der Heigeil! Zuerst macht man die Welt verrückt mit der Forderung, daß die Regierung vor Beginn der Konferenz das sogenannte Kriegsschuldabkommen widerrufen, die Deutschnationalen machen das sogar zur Voraussetzung ihres Verbleibens in der Regierung — und nun, wo die Esel gekehren ist, und der Schaden offenkundig ist, da kennt man wie ein kleiner Junge, der sich vor der wohlverdienten Strafe fürchtet: „Ach bin's ja gar nicht gewesen, Luther und Stiefemann haben's getan.“

Wir stimmen dem „Lokal-Anzeiger“ insofern zu, als wir die Verantwortung der übrigen Regierungsparteien, die er zu seiner Rüdendekung so tapfer aufzählt: Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei, in keiner Weise verkennen. Es war in der Tat eine unverzeihliche Schwäche von diesen Parteien, daß sie diesen Blödsinn geduldet haben, obwohl sie wußten, daß es ein Blödsinn ist. Aber wir billigen ihnen den milderen Umstand zu, daß sie unter der ständigen Erpressung einer Gesellschaft von Narren und Heuchlern stehen, die sich deutschnationalen Volkspartei nennt und die nicht zuletzt dank der systematischen Volksverdummung durch Blätter vom Schlage des „Lokal-Anzeigers“ zur Regierungsmacht gelangt ist.

Volkspartei gegen Schiele.

Schärfste Kampfansage gegen das Schulgesetz.

Hamburg, 30. September. (U.) Die Schulgruppe der Deutschen Volkspartei in Hamburg hat folgende Entschlüsse gefaßt: „Der vorliegende Entwurf eines „Gesetzes zur Einführung des Artikels 148 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen“ befindet sich in der Tat eine Verletzung der in der Deutschen Volkspartei lebendigen, auf einheitliches Deutschtum und christlich-liberale Entwicklung gerichteten Kulturwille in unverzeihlichem Gegensatz steht. Der Entwurf liefert die Staatschule der Kirche aus. Er gibt der Simultanlehre den Todesstoß, die sich für weite Kreise Deutschlands als notwendig zur Erhaltung des konfessionellen und kulturellen Friedens erwiesen hat. Er begünstigt die kleinen Schulsysteme zum Schaden der voll entwickelten Anlagen. Er wendet dem Staate die Lehrerbildung aus der Hand und stellt den Lehrer unter einen unerträglichen Gewissenszwang. Die Schulgruppe des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Volkspartei hält es daher für ihre Pflicht, den Entwurf aufschärfte zu bekämpfen und ist der Auffassung, daß auch die Forderung einzelner Bestimmungen die Vorlage nicht annehmbar machen kann.“

Musikantische Arbeit.

Konzertamphän von Kurt Singer.

Vor wenigen Tagen wurde hier die außerordentliche Arbeitsleistung Ulrich Kleibers bei Gelegenheit der „Fidelio“-Aufführung gepriesen. Daran schloß sich die Bemerkung, daß „Fidelio“ eine Sinfonie sei. Rein, er ist nicht Sinfonie, sondern wird von Kleiber zur Orchestermusik gemacht. Und das ist ein Mangel an theatralischer Einstellung, ein Verkennen dramatischer Linien, ein fürstlicher Musizieren, das, selbst als Erfolg minutiöser Detailarbeit, dem Wert befähigt ist. Arbeit tut not, aber sie muß verstanden sein; Intuition, Verkündung des Einzelnen zum Ganzen, stürmisches Drauflosgehen, musikalische Freude am Vorgang der Bühne, all das muß auf dem Boden der Arbeit Hauptpreis, letzter Effekt sein. Nicht die Verdeutschung allein, die Säußerung, das Stillmachen der subjektiven Regung außerhalb des Puls, das pathetische Anien im Magio des Sängers, das Kommandieren des Tatts und des Dirigieren nach eigenem Kopf, auch wenn ein Gefangener dem Orchester vorausläuft oder eine Freiheitskämpferin eine Sekunde aus sich herausgeht. Arbeit ist gut. Arbeit ist gefährlich. Sie tötet die Stimmung, wenn Tüftelerei bemerkbar wird. Kleiber neigt dazu; er mißachtet jede Tradition so weit, daß man auch einer Interpretationsmarotte reifungslos ausgeliefert ist. Beweis: Aida und Fidelio mit den weit gespannten, breit atmenden Temp, mit der Zuweisung auf Einzelnes und dem Verstanden des Ganzen. Was einem Chor an Einheit der Willensgebärde gut tut, kann einem erstarrten Orchester zur Stumpfheit, zur vorübergehenden Erstarrung werden, muß den Spieler entpersönlichen. Das alles sei gesagt, weil es prinzipiell alle Meister des Stabes angeht, und weil manche Fragen des Tempos eben doch keine Sechsmadritzen mehr sind, sondern allgemeine musildramatische Angelegenheiten; sei gesagt, weil Kleiber das Zeug hat, als Musiker sich noch stärker durchzusetzen denn als Orchester.

Auch Otto Klemperer hat die Neigung, sich persönlich im dargestellten Werk spiegeln zu lassen. Man hat von ihm im vorigen Jahre Aufführungen Mozartscher und Beethovenscher Sinfonien gehört, in denen die Auslegungsmut aufdringlich wurde. Ein anderes Mal ist er so ganz Musiker, fühlender, beherrschender, in geschmackvoller Zucht Unbeherrschter, daß ein Ingenium austritt, wie es nur wenigen Dirigenten gegeben ist. Wie man eine künstlerische Persönlichkeit darstellt, ohne an das Heilig-Borbethacht, objektive Manifestation im Werk zu rühren, dafür ist ja Furtwängler das ragende Beispiel. Klemperer hat es in der Volksbühne bei der Aufführung von Bruckners VIII. Sinfonie. Wer an Bruckner modest, verbitet das Beste seiner begnadeten Kunst, ihre kühne Einfachheit, ihre sorgfältige Rüstfertigkeit, ihr schwingendes, in ebenerm Rhythmus pendelndes Wesen, ihre Gebets- und Kriegspannung. Wer hier dem Klotz nachrennt und es in Durchführungen „interessant“ heraushebt, wer im festen Rahmen eines Tempos persönliche Akzente versucht, der wirkt nur noch auf die Allwissenden. Der Auffassung von der Erde zum Himmel oder gefällig solchen Interpretationen nicht. Nun kann ich mir das Adagio dieser VIII. Sinfonie wohl noch breiter, das Scherzo trotz der schweren Trompetenklänge noch toller, leidenschaftlicher denken, aber das tut der Ganzwirkung nicht Abbruch. Das Heidenhafte im Allegro kann nicht schöner, nicht er-

lebter dargestellt, das Romanisch-Schwärmende im Trio des Scherzo nicht herzhafter, die Inbrunst des Adagio-Seitenhorns nicht süßler gegeben werden als es Klemperer tut. Er hat die Partitur im Kopf, was viel bedeutet, er hat sie im Herzen, was mehr, er hat sie in den Fingern, was alles bedeutet. Das Philharmonische Orchester, ganz Hingabe und lebendige Folgsamkeit, wollte an jenem Morgen nicht so klingen wie sonst. Liegt es am Podium der Volksbühne?

Arbeit — so heißt das Fundament allen sozialen Lebens, Arbeit ist auch die Parole jeder künstlerischen Kulturbewegung. Muß man das Arbeitern sagen? Wie und wie weit musikalischer Dienst, selbst auf den stützigen Seiten, siegreich zur Höhe führen kann, welche Notwendigkeiten sich in unserer Zeit, welche Wirkungsmöglichkeiten ergeben, wenn man Geschick und Talent des Arbeiter-Sängerbundes von hoher Warte betrachtet, das erweist und lehrt die kluge, eindringliche, freigeistige Schrift Siegfried Günthers über „Kunst und Weltanschauung“ (Verlag des Arbeiter-Sängerbundes). Aus lebendiger, zeitlicher Tendenz herauszuführen in eine höchste Allgemeinart, aus dem Einzelpersonlichen in die Gesamtheit. Das ist nach Programmen, Werten, Schäften und Wollen schöner Zweck der Sängerbünde. Günthers Schritt ist klare, deutliche, erhebendes Bekenntnis zum lang noch ausstehenden Ideal des Männergesangs.

Vergessen sei der Niederabend Goldwaters, der zu solcher Kunstarbeit den Weg von Los Angeles nach Berlin sporen konnte; nicht vergessen die etwas breiter geratene, aber würdige und stillichere Wiedergabe der IV. Mahlerschen Sinfonie (mit dem klaren-edel ausklingenden Sopran solo von Frau Rosa Voas-Bisting) unter Leitung Präwers.

„Das Gesicht des roten Rußland. Der zurzeit in der „Urania“ vorgeführte Film „Das Gesicht des roten Rußland“ erweckt bei seiner Betrachtung gemischte Gefühle. Er ist in Rußland von den Bolschewisten hergestellt und verfolgt unter anderem den Zweck, dem europäischen Publikum die in der Tat beinahe unbegrenzten Möglichkeiten, die die rationelle Ausbeutung der Natur-schätze Rußlands — vor allem auf dem landwirtschaftlichen Gebiete — bieten, zu demonstrieren. Würde es sich nur um diesen Teil des Films handeln, so könnte man ihn nur begrüßen. Auch der Grund-idee dieses Filmes kann man ohne weiteres zustimmen: die Vorteile der friedlichen Zusammenarbeit des russischen und des deutschen Volkes zu zeigen.“

Die Hauptaufgabe, die sich die Urheber dieses Filmes gestellt haben, liegt aber auf einem ganz anderen Gebiete: Es sollen dem deutschen Arbeiter alle Vorteile der Sowjet Herrschaft und alle Herrschlichkeiten vorgeführt werden, die den russischen Arbeitern und Bauern durch die bolschewistische Revolution in den Schoß gefallen sind.

Es muß von vornherein gesagt werden, daß dieser Teil des Filmes keine überzeugende Wirkung ausübt. Die Behauptung, daß die Einführung des Dampfpluges auf dem Lande und die Bewässerungsarbeiten aus dem Kaukasus der bolschewistischen Novemberrevolution zuzuschreiben sind, — kann keinesfalls als glaubhaft gelten. Auch mit der Aenderungsfrage kann nicht gekämpft werden: die Vertreter der Sowjetorgane für Vollaushänge, für soziale Fürsorge und Volksaufklärung haben in ihren offiziellen Berichten selbst zugehen müssen, daß sie, infolge Geldmangels, ihre Fürsorge auf

einen nur sehr beschränkten Kreis der heranwachsenden Jugend ausdehnen können, daß die Zahl der Volksschulen im Verhältnis zum Jahre 1917, gesunken, daß die Zahl der Ertränkungen und der Sterblichkeit unter den Kindern jetzt höher als vor der Revolution ist, daß die Zahl der verwaisten Kinder eine noch nie dagewesene Höhe erreicht hat. Unter diesen Verhältnissen wirken die in der Urania vorgeführten Aufnahmen der musterhaften Kinderspiele wie ein Hohn auf die russische Wirklichkeit.

Es ist bezeichnend, daß der genannte Film keine Bilder aus dem Arbeiterleben bringt, abgesehen von einigen Aufnahmen von Arbeiterveranstaltungen. Allem Anschein nach sind sogar die vorbildlichen Muster auf diesem Gebiete nicht geeignet, europäischen Arbeitern vorgeführt zu werden. Als Ersatz dafür bietet der Film die Möglichkeit, die „Helden der Revolution“ ausgiebig kennen zu lernen; besonders viel Aufmerksamkeit wird den Führern der roten Armee geschenkt. Die rote Armee nimmt überhaupt in diesem Film einen besonderen Ehrenplatz ein. Dieser Teil des Filmes ist seinem Wesen nach eine unverhüllte Propaganda des Militarismus im Interesse der Förderung gewisser nationaler Stimmungen in Deutschland. Der Film enthält nicht die geringste Andeutung, daß die rote Armee vom Standpunkte der Kommunisten selbst nur eine provisorische Einrichtung ist, und daß man eigentlich die völlige Abschaffung des stehenden Heeres antreiben müsse.

Die Verherrlichung der bolschewistischen Regierung ist der Hauptzweck dieses Filmes. Man kann deshalb keinesfalls der Dichtung der Urania beipflichten, wenn sie diesen Film als einen unpolitischen bezeichnet. Im Gegenteil: es ist ein durch und durch politischer Film.

Radio bei den amerikanischen Farmern. Nach Untersuchungen des Bundeslandwirtschaftsdepartements befinden sich heute in den Vereinigten Staaten auf mehr als 550 000 Farmen Radioapparate gegenüber 365 000 im vorigen Jahre und 145 000 im Jahre 1923. Diese schnelle Ausbreitung des Radio auf den amerikanischen Farmen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Farmer schnelle Auskunft über Verkaufsgelegenheiten und Markt- und Wetterberichte haben muß, doch erfreut sich daneben auch der Unterhaltungsrundfunk einer großen Wertschätzung. Die größte Anzahl von Radioapparaten befindet sich in den Staaten mit den meisten Masspflanzungen. In den südlichen Staaten ist die Zahl geringer, weil dort die natürlichen Verhältnisse des Landes eine klare Ausleuchtung und einen klaren Empfang der Boten verhindern.

Die Fälle von Albert Weissen, dem noch lebt unbegreiflichen Wagner-Sänger, ist vom Staate anerkannt worden und wird in der Staatsoper aufgeführt werden. Das Werk stammt von Professor Sellenhoff.

Bei Ausgrabungen auf Coltra Veters ließ man auf einen Töpferofen, der einen Feuerbaum mit flammen deutlich erkennen läßt. Eine große Menge Scherben römischer Keramik aus augusteischer Zeit wurde im Brennraum des Ofens gefunden.

Vorgeschichtliche Kunst in Hinterindien. Nach einer Entdeckung des „Telegraph“ aus Batavia hat der Archäologe Dr. Guntthermann auf der niederländisch-indischen Insel Vell hunderte von Bildhauerarbeiten und Tempelruinen aus vorgeschichtlicher Zeit des hindischen Archipels entdeckt. Ein Teil der Funde stellt durch künstlerischen Gleichmut, Ausleuchtung, Art und Darstellung des Veranprechtes dar, was in Niederländisch-Indien bisher überhaupt entdeckt worden ist.

Verfassungswidrig, undurchführbar . . . !

Das Urteil der Länder über Schiele's Schulgesetz.

Auf der Leipziger Schulkonferenz der Länder hat der Schulgesetzentwurf des Herrn Schiele und seines Beauftragten Gürlich entschiedenste Ablehnung gefunden. Die „Frankf. Zeig.“ bringt jetzt den Wortlaut der Entschließung, die von der Konferenz gefaßt wurde. Die Entschließung lautet:

„Die Vertreter der folgenden Unterrichtsverwaltungen lehnen aus kulturellen, pädagogischen, schulechtlichen und innerpolitischen Gründen den vorliegenden Entwurf als unannehmbar ab, zumal, da er nach ihrer Ansicht nicht nur dem Geist, sondern auch dem Wortlaut der Reichsverfassung in wesentlichen Punkten widerspricht. Außerdem halten sie ihn mit Rücksicht auf die dadurch entstehende finanzielle Belastung des Reichs und der Länder in absehbarer Zeit für undurchführbar. Sie richten daher an das Reichsministerium des Innern die dringende Bitte, einen neuen Entwurf nach den von den Vertretern der preussischen Unterrichtsverwaltung aufgestellten Richtlinien auszuarbeiten, und sind erst in der Lage, zu einem so ausgearbeiteten Gesetz endgültig Stellung zu nehmen. Preußen, Oldenburg, Sachsen, Anhalt, Württemberg, Braunschweig, Baden, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen, Lübeck und Schaumburg-Lippe.“

Mit Ausnahme von Bayern und Mecklenburg-Schwerin haben danach alle Regierungsvertreter den Entwurf des Schielemannes als verfassungswidrig und undurchführbar verworfen. Ein anderer, als ein deutsch-nationaler Reichsminister würde aus solcher einmütigen Verurteilung seines Streiches irgendwelche Konsequenzen ziehen. Über die Deutschnationalen hängen zu sehr an der Futtertrippe, die ihnen Pölle und Einfuhrschiebe bietet, als daß sie leichten Herzens Konsequenzen ziehen möchten. Sie machen sogar „Erfüllungspolitik“, wenn auch auf ihre Art, wenn sie nur Minister spielen und dabei ihre Parteigeschäfte fördern dürfen.

Die Aufgaben des Lehrers.

Tagung der Schulreformer.

Im Schöneberger Rathaus begann am 30. September die Tagung der „entschiedenen Schulreformer“, die diesmal das Thema der „Lehrerbildung“ behandelt. Die Tagung soll vom 30. September bis zum 4. Oktober dauern. Nach einer Begrüßungsansprache des Prof. Paul Decker trat Dr. Paul Honigsheim-Rön als Wort zu einem Vortrag über das Thema: „Kulturkrise, Gesellschaftsstruktur und Lehrerschaft.“ Er führte u. a. aus: Wenn jetzt auch der Protestantismus in Gestalt von Reichsschulgesehen Siegen davonträgt, so geschieht das nicht um seines religiösen Gehaltes willen, sondern weil gewisse Kreise ein großes Interesse an seiner Erhaltung haben. Der Katholizismus hat aufgehört, den Protestantismus zu bekämpfen, weil er mit sicherem Instinkt ganz genau erkannt hat, daß dieser für ihn keine Konkurrenz mehr bedeutet. Das Resultat dieses Spieles der Kräfte sind die pädagogischen Akademien. Man hat zwar dem Lehrer, dessen Sehnsucht es schon seit Jahrzehnten ist, Akademiker zu sein, nicht an unsere Universitäten gelassen, weil ja sonst die alten Akademiker sich in ihren Bräutereien verliert fühlen könnten, sondern man hat jenes Mittelgebilde geschaffen, das eben den schmeichelnden Namen Akademie trägt. Der Kampf der Lehrer muß mehr sein, als ein Kampf um Stellung und Stand; er muß ein Teil des ganzen Kampfes sein, den das deutsche Volk um seine Zukunft führt. Wie wir vor jeder Differenzierung die Kindergrundschule haben müssen, so brauchen wir auch die Lehrergrundschule. Wir erstreben freie Lehrer für ein freies Volk.

Als nächster Redner sprach Professor Paul Decker über: „Das Schulhaus und die Erziehung zur Totalität.“ Die heutige Schulauffassung — so führte er aus — ist nichts weiter als verdrängte systematisierte Intellektualisierung. Das Ideal der „Berufsausbildung“ tritt bei uns so stark in den Vordergrund, weil es immer weniger praktisch wird, weil die meisten Teilarbeitsberufe in der sich industrialisierenden Menschheit nicht mehr die schöpferische Durchdringung und Umformung aus der Wesenheit des Menschen erleben. Die Popularisierung der Kaufsmittel und Zivilisierungsgüter stürzen den Persönlichkeitswillen ab und schwächen jede Widerstandsfähigkeit. Die geistuelle Not, die mit dem drohenden Ende des wirtschaftlichen Aufbaues und mit der Autonomisierung aller Klassen und Völker unermessen steigen wird, fordert eine restlose Spitzseife von absoluter Freiheit und rücksichtsloser Selbstbildung in jedem einzelnen. Nicht mehr der „brauchbare“, sondern der totale Mensch ist das Ziel der Erziehung.

Die Nachmittagsung begann mit einem Vortrag von Wilhelm Ganzenmüller über: „Lehrerbildung und Produktionschule.“ Die schöpferische Tat auf dem Gebiet der Erziehung ist die Schaffung der Gemeinschaft. Dazu ist notwendig eine besondere seelische Einstellung, die im Vertrauen auf die in jedem Menschen — und ganz besonders im Kind — vorhandene Möglichkeit zum Guten gesucht werden kann. Zu wertvoller moderner Erziehung gehört eine allgemeine Durchbildung und Abhärtung des Körpers, eine gymnastisch-muskuläre Durchbildung, eine spezielle Ausbildung der Hand zwecks Teilnahme am Produktionsprozeß. Während bis jetzt die Berufswahl erst nach vollendeter Ausbildung stattfindet, gibt die Produktionschule die Möglichkeit, dem Schüler schon während der Schulzeit zur Klarheit über Richtung und Grad seiner Begabung zu verhelfen.

Peter Jolmann sprach über: „Lehreraufgaben, Jugendbewegung und Schulreform.“ Er verfuhr den Nachweis, daß die Jugendbewegung als solche sich heute in einem Stadium des Niederganges befindet. Vorbedingung einer Erziehung im Sinne der Jugendbewegung ist die Unantastbarkeit der Lehrfreiheit; diese aber insbesondere ist — besonders in der Provinz — durch die Zusammenfassung vieler Elternbünde durchaus nicht garantiert. Die Jugend ist vor Weltflucht, Zersplitterung und Eigenbrötlei, jenem typischen Negativen in der Jugendbewegung, unbedingt zu bewahren.

Zum Schluß sprach Frau Lydia Stöcker über: „Frauentum als Erziehungsfaktor.“ Wer die Erziehung zur Totalität bejaht, hat den in der Teilnahme beider Geschlechter an der Erziehungsarbeit ebenso selbstverständlich wie die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Wenn hier trotzdem von der besonderen Bedeutung des Frauentums als Erziehungsfaktor die Rede ist, bedeutet das den heute bestehenden Zuständen gegenüber einen starken Protest. Frauentum als Erziehungsfaktor bedeutet positiv nichts anderes als die Erfüllung des alten testamentlichen Wortes: „Ich will die Erziehung in die Hand der Mutter legen“, denn das Wesen echter Frauentums ist nicht besser zu kennzeichnen als mit dem Wort „Mütterlichkeit.“ — In die Referate schloß sich eine lebhaft diskutierte an.

Caillaux' Sorgen in Washington.

Amerikanisches Entgegenkommen, immer doch noch beträchtliche Differenzen.

Paris, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die hier vorliegenden Meldungen über die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen in Washington lassen erkennen, daß die Amerikaner im Laufe des Dienstags in gewisser Hinsicht der französischen Auffassung entgegengekommen sind; insbesondere sollen die Amerikaner sich bereit erklärt haben, die Frankreich aufzurückgebende Jahreszahlung um etwa 30 Millionen Dollar auf 130 Millionen Dollar zu ermäßigen. Hieraus sollen den Fran-

Sumpfsblüten in Mitteldeutschland.

Das kommunistische Lohwabohn.

Wir haben in den letzten Monaten so manchen Bericht aus Mitteldeutschland gegeben, dessen manchmal fast ungläubliche Mitteilungen aus dem kommunistischen Parteisumpfe durch die Wirklichkeit allerdings noch übertrumpft wurden. Wie in keinem anderen Orte hat man in Halle die Begierdeselbweber für die kommunistische Partei ausgewechselt, und von Berlin aus ergoß sich über Halle und Mitteldeutschland ein Bienenschwarm unbekannter Finsterlinge aus allen Erdenwinkeln, die das mitteldeutsche Proletariat mit den geheimnisvollen Urkräften des wahren Bolschewismus bekannt machen sollten. Hier kroch das politische Kücken Schölem aus dem nur unzulänglich ausgebrüteten Ei, hier betätigte sich kommunistisch-revolutionärer Lotenrang in der ebenso burlesken wie in ihren Folgen fürchterlichen Hölziade, hier konnten

völligste Phantasten als militärische Leiter der bolschewistischen Zentrale

Diäten und schwere Kompzulagen schlucken, und dort treibt heute noch eine Anzahl merkwürdiger Gestalten als Funktionäre, Redakteure und Abgeordnete ihr Wesen, die vor noch nicht allzulanger Zeit begeisterte Reichswehrleute ohne Aussicht auf rasche Beförderung waren, die als Ballistener unter Vermordt und von der Gols „gerubelt“ haben und dem schönen Sacke huldigten: „Der Rubel rollt, der Jude grollt; es grinsen die Banditen!“

Kein Wunder, daß in Mitteldeutschland die gelbe Bewegung grassiert und ausgerechnet die lautesten Schreier aus den Zeiten der Hölziade bei Werwolf und Stahlhelm eine laute und häßliche Rolle spielen. Die Abjagung der Ruth-Fischer-Zentrale und die unerwartete Enzyklika der Moskauer Urwörter haben dort eine gräßliche Wirkung ausgeübt. Wie Bande stromer Scheu gingen in die Brüche. Es kommt jetzt zu einem erbitterten Reineinmachen, das sich voller Verzweiflung „Diskussion über den Eklibrief“ bezeichnet. Wir wissen, daß die „Rote Fahne“ den Professor Korsch offen der „antibolschewistischen Einstellung“ bezichtigt. Ernst Meyer hat es selbst gesagt, daß Korsch „Maz und Engels ebensovwenig begriffen habe wie Lenin“.

Nach schlimmer aber kommt der unruhigste bekannte Abgeordnete Kilian davon, von dem der Leiter der ZH. für Mitteldeutschland, Herr Höder, behauptet: „Der Genosse Kilian hat sich in der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses zwar mit der Wendung des Parteilutes einverstanden erklärt — angeblich hat er diese Notwendigkeit schon längst eingesehen — aber er beläutet zugleich, daß vieles in dem Eklibriefe nicht richtig ist.“ Solche

schwankenden Gestalten

versperren den Weg für die Partei! . . . Nicht besser geht es dem famolen Herrn Rosenbaum, weiland militärischer Leiter für Mitteldeutschland und jetziger Post-Leiter, früher linkerster Vinter, heute Anhänger des Eklibriefes. Dem sagte Höder: „Im Gegensatz zu Kilian stimmt Rosenbaum dem Briefe der Exekutive vorbehaltlos zu. Aber auch er nur scheinbar!“ Das Geschick gegen die bisherigen „Rechten“ — so sagt Höder weiter, der es wissen muß — „wirkt direkt tödlich, wenn der linken Führergruppe Fischer-Maslow eine Reihe rechter Schweineereien nachgewiesen wird. Die wichtigsten sind: Ueberschätzung des Parlamentarismus, Kompromißvorschlag Maslows mit den Bürgerlichen, papierene Mandatierungsparolen u. a. m. Das waren „rechte“ Schweineereien der angeblich linken Parteiführung, mit der Genosse Rosenbaum alle

gingen im Laufe der ersten 18 Jahre gewisse Erleichterungen gewährt werden, und zwar würde die erste Jahreszahlung 40 Millionen Dollar und die folgenden 12 Jahreszahlungen jedesmal 2 Millionen Dollar mehr betragen. Caillaux soll hingegen als höchste Jahreszahlung hundert Millionen Dollar angeboten und auch für die ersten zehn Jahre größere Erleichterungen gefordert haben. Noch bedeutender scheint die Meinungsverschiedenheit der beiden Delegationen in zwei anderen wesentlichen Punkten zu sein. Amerikanischerseits scheint man eine, die Zahlungsfähigkeit Frankreichs schützende Bestimmung nicht in den Vertrag aufnehmen zu wollen, wenigstens nicht in der von Frankreich vorgeschlagenen Form. Darüber hinaus fordern die Amerikaner die Bezahlung der rückständigen Zinsen, was französischerseits abgelehnt worden sein soll. Schenkt man den Meldungen der französischen Blätter Glauben, so scheint man amerikanischerseits größeres Entgegenkommen gezeigt zu haben als französischerseits. Wie die Dinge liegen, ist jedoch der Abstand zwischen den von den beiden Delegationen vertretenen Auffassungen sehr beträchtlich.

Der Labour-Kongress.

Bestätigung der gewohnten Politik.

Liverpool, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) In einer Atmosphäre, die im Vergleich zu der kommunistischen Debatte am Dienstag ausgesprochen ruhig war, erörterte der Kongress der Arbeiterpartei am Mittwoch die vom Parteitag eingebrachten grundsätzlichen Entschlüsse zur allgemeinen Politik und zur Politik des indischen Reiches. Die angenommene Entschlüsse über Indien betrafen das Recht des indischen Volkes auf Selbstbestimmung; die gegenwärtige Lage Indiens mache sofortige Schritte zur Schaffung einer mit den Wünschen des indischen Volkes in Einklang stehenden Verfassung zur dringenden Notwendigkeit. In der Entschlüsse über Ägypten protestierte die Arbeiterpartei gegen den gegenwärtigen geistlichen Zustand in Ägypten und fordert die Ueberweisung von Streitfragen über den Einfluß in den Besitz des Suezkanals, über den Sudan und die Wasser des Nils an den Völkerbund. In einer umfangreichen, von MacDonald eingebrachten Entschlüsse zur allgemeinen Politik der Arbeiterpartei wird die bisherige Linie der Partei bestätigt und für die Zukunft eine Politik schrittweiser Verwirklichung des Sozialismus mit demokratischen Mitteln gefordert. Sämtliche Versuche kommunistischer Delegierter (die bis zum Schluß des Parteitages noch Sitz und Stimme behielten), die vom Parteivorstand eingebrachten Entschlüsse durch „radikalere“ zu ersetzen oder die Verhandlungen durch ständige Diskussionsreden aufzuhalten, wurden von dem Parteitag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Verhandlungstag schloß mit einer in größter Leidenschaft geführten Debatte über die Frage der Regierungsübernahme durch die Partei ohne parlamentarische Mehrheit. Die Aussprache, die in allen Einzelheiten an die Debatten über Koalitionspolitik in den sozialistischen Parteien des Kontinents gemahnte, entwickelte sich zu einer neuen großen Auseinandersetzung zwischen rechts und links. Nachdem eine Reihe führender Gewerkschaftler leidenschaftlich gegen jegliche sozialistische Minderheitsregierung gesprochen hatte, polemisierte MacDonald in einer Rede, in der er auf die historischen Verdienste der ersten englischen Arbeiterregierung hinwies, gegen jede Festlegung der Partei in dieser Frage. Auch hier erlitt die Linke bei der Abstimmung eine vernichtende Niederlage.

Die Trommel.

Generalmarsch bis zum Reichspräsidenten.

Nicht zu vergessen ist sein häufig angewendetes Wort: „Abrechnen, aber gründlich“, d. h. die Durchführung jedes Angriffs bis aufs äußerste, bis zur völligen Vernichtung des Gegners. Damit

diese Dinge kritiklos mitmachte!“ Rosenbaum selbst hat ein Summierrückgrat. Er brachte es fertig, trotzdem er mit Ruth durch die dünn gegangen und jeden Andersdenkenden getödet hatte, auf der Funktionärskonferenz mit großem Schreien zu tönen: „Bedeutend ist, daß dem Brief auch von solchen Genossen zugestimmt wird, die bisher ganz andere Auffassungen vertreten haben.“ Nicht die Gesamtpolitik der Partei ist falsch gewesen, sondern erst von der Zeit ab, als es für die Partei klar war, daß

die revolutionäre Periode vorüber

wort! Diese Haltung war selbst den härtesten „Eklibarten“ zu bunt. Die KPD-Funktionäre haben daher ein Resolutionsbuch eingebracht, das die Abberufung dieses politischen Fabeltellers aus seiner Stellung als Post-Leiter fordert.

Interessant ist die Rolle, die der bekannte Reinhold Schöniant spielt. Bis vor kurzem durfte er nicht mehr reden; man hielt ihn von allen Veranstaltungen fern und beschimpfte ihn, weil er im Verdacht der „Rechtsabweichung“ stand. Heute muß das kommunistische Organ besänftigt werden, daß derselbe Schöniant in der Funktionärsvorversammlung offen erklärt, daß die Politik der letzten anderthalb Jahre absolut falsch war. . . . Auf dem Kaffee der Metallarbeiterverbandstag wurde eine geradezu verkehrte-revolutionäre Welle abgesculst. . . . Schamlos ist, daß diejenigen, die die von der Exekutive ersonnene Politik gestützt haben, jetzt mit einem Schlage umklippen. . . . Ruth Fischer hat mit dem offenen Brief ihr eigenes Todesurteil unterschrieben. . . .

Man muß auch offen über den Genossen Sinowjew sprechen, der diese Politik gestützt und für sie verantwortlich ist . . .

(Das kostet Schöniant den Kopf, denn an die bolschewistischen Götter darf man nicht tasten!)

Herr Peter Maslowitz, politischer Redakteur des mitteldeutschen KPD-Organs, stellt vier solche Diskussionsrichtungen fest: . . . eine Gruppe, die rechtum kehrt macht, die glaubt, einfach den Kopf umstülpen zu können; der zweiten Gruppe kann man die Unterhose geben: „Wir, die wir schon immer . . .“, bei denen herrscht innere Unwahrhaftigkeit und mangelndes Verantwortungsgesühl. . . . Die dritte Richtung ist die der Schaden-trohen. . . . Die Schlimmsten sind die, die den offenen Brief als Anknüpfung russischer Staatspolitik bezeichnen, wie Korsch und Konjorten. . . . Der Exekutivebrief will für die deutsche KPD endlich die richtige revolutionäre Einheitsfrontpolitik für die Tagesarbeit entwickeln. . . .

Da die Konferenz nicht abgeschlossen wurde, muß die Zeitung die Spalten öffnen. Da liest man heute bittere Antworten der Gepeinigten, die sich an den Kopf werfen: „Die Debatte verärgert. . . Unehrlichkeit. . . Verdröhnung. . . Fälschung. . . opportunistische Entschlüsse, tollste Fälschungen, Blödsinn“ und dergleichen mehr.

Der Weg vom Balltum, von Ehrhardt und Löwenfeld bis zu Holz, Ruth Fischer und Berner Schölem ist dunkel und verworren; die Wesen, die ihn gewandelt sind, werden sich als heutige „Funktionäre“ der allesinseligmachenden KPD. mit Selbstverständlichkeit in die vorgeschriebene neue Haltung schiden. Noch viel leichter und noch viel selbstverständlicher werden diese Gestalten jedoch eines Tages den Weg zurückfinden, woher sie gekommen sind, nämlich den Weg zu Ehrhardt, von der Gols und Löwenfeld. Auf der Straße aber werden bleiben die arglosen Arbeiter, die für eine kurze Stunde den Tiraden dieser Männer glaubten und dafür eine Ewigkeit zu büßen haben!

hing seine Vorleser für die Trommel zusammen. Er lebte in der Vorstellung, daß das Trümmeln dem geschlagenen Feinde auf die Nerven gehe, und daß es viel zu wenig Trommler bei der Infanterie gäbe. Es müßten doppelt so viel vorhanden sein, namentlich für den Moment der Verfolgung, wo das letzte Kolbweiß herhalten muß. Immer hinterher getrommelt, das hält der Gegner, der sich geistig hat, um Atem zu schöpfen, nicht aus!“ Dieser Gedanke war bei ihm so stark entwickelt, daß er bei Liebesmähnen gern die Trommeln des Regiments zur Verstärkung der Regimentsmusik bestellen ließ. Das hörte er gern, wenn es für andere auch an die Grenze des Ertragsbaren ging. . . .

Diese herrliche Episode finden wir in der „Lebensgeschichte Paul von Hindenburgs“, die ein Berliner Abendblatt in Fortsetzungen nach Art von Hintertreppentomanen veröffentlicht. Für die Ehre können wir uns selbstverständlich nicht verbürgen. Aber die Deutschnationalen werden da sehr verwandte Akkorde finden.

Deutschnationaler Pazifismus.

Oder: „Der Fleck auf der Ehr.“

Der Kampf der Deutschnationalen gegen die Kriegsschuldfrage hat eine sehr interessante Seite, die bisher viel zu wenig beachtet worden ist: er bedeutet nämlich ihre vollkommene Belehrung zum radikalsten Pazifismus. Wir anderen finden es zwar höchst ungerecht, daß man Deutschland der Kleinschuld am Weltkrieg beizichtigt und freuen uns jeden Fortschritts zur besseren Einsicht — niemals ist uns aber eingefallen, daß die Behauptung, Deutschland habe einmal in der Vergangenheit einen Krieg verschuldet, eine „Entehrung des deutschen Volkes“ bedeute, eine „Schmach“, die nicht zu tragen sei. So entschieden wir wünschen und so energisch wir daran arbeiten, daß die Entfesselung eines Krieges in Zukunft von allen als etwas sittlich Verwerfliches, als das schlimmste Verbrechen an der Menschheit erkannt werde, so wissen wir doch, daß in der Vergangenheit alle Völker mit Kriegszuständen belastet sind und irdischen geschichtlich etwas nachsichtig.

Nicht so die Deutschnationalen! Für sie ist unbedingt Friedensliebe auch für die Vergangenheit, ja für sie ganz besonders, ein kategorischer Imperativ. Die Vorstellung, daß Deutschland einmal in vergangenen Zeiten einen Krieg angefangen haben könnte, läßt diese moralischen Forderungen bei Nacht nicht schlafen. Sie kennen weder Rast noch Ruhe, „solange nicht diese Schmach vom deutschen Volke genommen ist“.

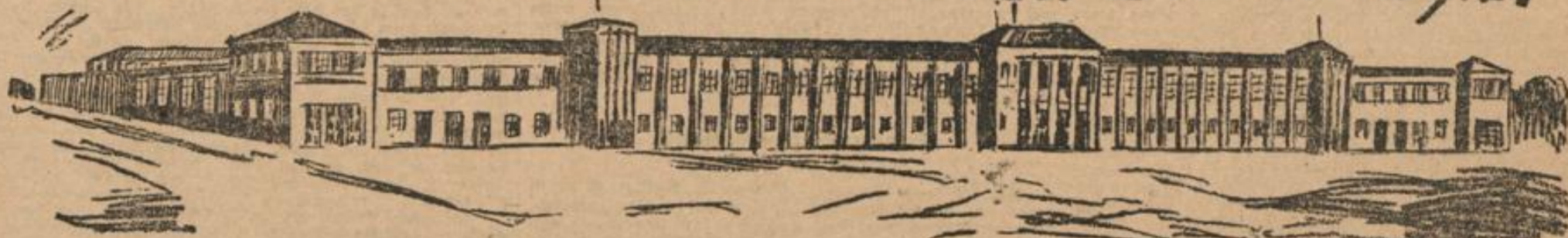
Der Pazifismus der Deutschnationalen geht also offenbar in seiner sittlichen Unbedingtheit viel weiter als der unsere. Sie wünschen, international als Vämmer anerkannt zu werden, und dieser Anspruch ist voll gerechtfertigt. Denn jedermann sieht doch, wie schamsmäßig sie sich betragen!

Unveränderter Lebenshaltungsindex.

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September mit 144,9 gegen 145,0 im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Trotz des weiteren Anstiehs der Preise für Fleisch, Molkereierzeugnisse und Eier sind die Ernährungsausgaben infolge der Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Gemüse um rund 1 Prozent zurückgegangen. Dagegen haben sich die Wohnungsmiete und die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung erhöht.

Die Zentralwerkstatt der Strassenbahn.



Die alle Großbetriebe, so richtet auch die Berliner Straßenbahn ihr Augenmerk darauf, daß die notwendigen Reparaturen und Aufreparierungen an ihren Wagen in eigenen Werkstätten vorgenommen werden. Die Berliner Straßenbahn, die nach der Installation in Form der Berliner Straßenbahn Betriebsgesellschaft m. b. H. auf vollkommen neuer Grundlage, aber als Eigentum der Stadt aufgebaut wurde, verfolgt nunmehr, wie Direktor Pforr in der „Berkehrstechnik“ mitteilt, das Projekt, in einer neu anzulegenden, mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestatteten Hauptwerkstatt ihre Triebwagen und Anhänger ausnahmslos selbst zu reparieren, zu überholen, um sie dann wieder dem Verkehr zu übergeben.

Wie es früher war.

Die frühere „Große Berliner Straßenbahn“, kurz die „Große Berliner“ genannt, besorgte die Unterhaltung und die Erneuerung ihres Wagenparks in der alten Hauptwerkstätte, die in der Uferstraße, im Norden Berlins, gelegen war. Diese Werkstätte war selbst für den damaligen Wagenpark, der aus 2078 Trieb- und 1420 Beiwagen bestand, zu klein, so daß ein großer Teil der notwendigen Arbeiten auf den kleineren Bahnhofswerkstätten erledigt werden mußte. Als nach Kriegsende sämtliche Straßenbahnen Groß-Berlins zusammengelegt wurden und dadurch der Wagenbestand eine sehr erhebliche Vermehrung erfuhr, trug man sich mit der Absicht, die früheren Jaktop-Werkstätten in Wittenau, die der „Zweckverband Groß-Berlin“ angekauft hatte, als Hauptwerkstätten zu benutzen. Das Projekt scheiterte daran, daß die Werkstätten zu ungünstig gelegen waren, vor allem aber auch deswegen, weil die Mittel fehlten. Aus den Wittenauer Anlagen wurde ein Hauptlager gemacht, um das völlig unzureichend gewordene der alten Werkstätte zu ersetzen. Eine weitere Werkstatteinstellung war inzwischen dadurch eingetreten, daß gleich nach Kriegsende ein Teil der Wagenreparaturen an die Privatindustrie vergeben wurde. Auch die Werkstätten der früheren einzelnen Straßenbahngesellschaften wurden für Wagenreparaturen herangezogen, so daß für die Hauptwerkstätte nur die größeren Reparaturen übrig blieben. Die gründliche Instandsetzung der hölzernen Wagenkästen und die damit verbundenen Lackierarbeiten, ferner die Reparaturen an der elektrischen Ausrüstung, an den Fahrgestellen und den Radfahnen wurde durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und durch die Benutzung neuer hochwertiger Arbeitsmaschinen erheblich gesteigert. Dadurch war es möglich, daß jährlich etwa 700 Triebwagen von Grund auf repariert werden konnten.

Die neuen Pläne der Straßenbahn.

Um aber jährlich 4500 Fahrzeuge gründlich zu überholen, reichen die vorhandenen Räume in der Hauptwerkstätte und in den Bezirkswerkstätten nicht aus. Ein weiterer Ausbau der technischen Einrichtungen, besonders der Transport- und Hebevorrichtungen ist auch nicht möglich, so daß nunmehr die Straßenbahngesellschaft die Zeit für gekommen erachtet, den Neubau einer großen Zentralwerkstätte in Angriff zu nehmen. Die Projektierungsarbeiten sind bereits im Sommer 1924 angefangen worden. Man ist sich darüber klar, daß die neue Zentralwerkstätte an das Hauptlager in Wittenau angeschlossen werden soll, um so mehr, als hier die

Straßenbahn noch eine Anzahl Grundstücke mit Bahnanschluß im Besitz hat. Das Grundstück hat eine Größe von 340 000 Quadratmetern, wovon 61 300 mit Werkstatträumen bebaut werden sollen. Daneben werden große Lagerplätze für die Materialen angelegt. Das eigentliche Werkstattegebäude wird bei einer Breite von 240 Meter 290 Meter lang werden. Im Erdgeschoß des Frontbaues sind die Arbeiter-Wasch- und Umkleieräume vorgesehen, während sich im Obergeschoß die Räume für die Angestellten befinden. Rechtswinklig zu dem Frontbau laufen sieben parallele Hallen, die eine Spannweite von 48 resp. 24 Meter erhalten. Am Ende dieser Hallen befinden sich auf einer Galerie die elektrischen Werkstätten. Den Abschluß der sieben Hallen bildet ein im Grundriß U-förmiges Gebäude, das u. a. das Werkstatte-Lager enthält. Hinter diesem Lager liegt dann die Lackiererei und der Fertighaus.

Moderne Arbeitsmethoden.

Für die Arbeiten im Kastenbau, das sind also die Arbeiten an dem eigentlichen Straßenbahnwagen, wird eine Art Bandfließsystem eingeführt werden. Die Wagenkästen werden durch Hebebeden von dem Fahrgestell abgehoben und auf fahrbare Reparaturbänke gesetzt. Durch eine endlose Kette wird dann der Wagenkasten im langsamsten Tempo durch die Werkstätte gezogen. Je nach dem Wagentyp und der Art der vorzunehmenden Ueberholungsarbeit wird das Transporttempo so abgestuft, daß der Arbeiter während eines Arbeitstages um eine bis zu sechs Wagenlängen vorwärts schreitet. Inzwischen ist das Fahrgestell in der Abteilung „Unterbau“ repariert worden und in der Radfahndreherei die Räder und die Achsen wieder erneuert worden. Auch in diesen Werkstätten werden die Werkstücke auf Montagebändern den einzelnen Handwerkern oder Arbeitergruppen zugeführt. Ein Kran hebt den fertigen Kasten wieder auf das Fahrgestell; der Wagen kann nun in die Lackiererei gehen. Auch diese ist mit den modernsten Arbeitsgeräten ausgestattet. Nach der Lackiererei kommt der Wagen in den Fertighaus, wo er mit Türen und Fenstern versehen wird und wo alle die Arbeiten am Wagenkasten erledigt werden, die erst nach der Lackierung vorgenommen werden können. Bei einer anschließenden Probefahrt werden alle Teile des Wagens einer letzten Kontrolle unterzogen, so daß der fertige Wagen wieder dem Betrieb übergeben werden kann. In besonderen Räumen sind die Holzbearbeitungswerkstätten, die autogene Schweißerei, das Sandstrahlgebläse und die Abkühlerei untergebracht. Die Reparatur der Wagen mittels neuerzeitlicher Arbeitsmaschinen wird wirksam unterstützt werden dadurch, daß für die Einzelarbeiten möglichst kurze Transportwege gewählt sind. Auch gegenläufige Bewegungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Vor allem aber ist darauf Rücksicht genommen, daß die handwerksmäßige Ausbesserungsart vollkommen verschwindet und dafür die Wagenreparatur auf eine fabrikmäßige Grundlage gestellt wird. Dadurch werden die Ausbesserungszeiten ganz wesentlich heruntergedrückt. Die neue Werkstätte ist für eine jährliche Ueberholung von 4000 Trieb- und Beiwagen für den Personenverkehr und von etwa 250 Fahrzeugen für den Güter- und Materialtransport berechnet. Dazu kommen noch etwa 200 Wagen jährlich, die durch Zusammenstöße beschädigt wurden, so daß im Jahr circa 4500 Wagenreparaturen ausgeführt werden können. Bei 300 Arbeitstagen im Jahre müssen demnach täglich 15 Wagen

fertiggestellt werden. Die Straßenbahn rechnet damit, daß sie im Sommer 1927 die neue Zentralwerkstätte in Betrieb nehmen kann. Sobald der Betrieb aufgenommen werden kann, sollen alle übrigen Werkstätten stillgelegt und anderen Zwecken nutzbar gemacht werden. Die Vergabe von Reparaturarbeiten an die Privatindustrie wird ganz aufhören. Man rechnet damit, daß nach Ueberwindung der in Rechnung zu stellenden Anfangsschwierigkeiten in der Hauptwerkstätte und auch für die tägliche Wagenunterhaltung auf den Bahnhöfen ein Arbeiterpersonal von nur 1000 Köpfen erforderlich ist.

Der Ausbau der Straßenbahn, die Neuanfassungen beim Wagenpark, die Erneuerung des Gleiskörpers und des Leistungssystems und sehr der Neubau der riesigen Zentralwerkstätte sind nur dadurch möglich, daß die Straßenbahn im Besitze der Gemeinde Groß-Berlin bleibt. Es ist ein Verdienst der sozialdemokratischen Fraktion, diese Entwicklung der Straßenbahn dadurch bewußt gefördert zu haben, daß unsere Genossen seinerzeit die Auslieferung dieses Verkehrsmittels an das Privateigentum mit allen Mitteln verhindert. Wäre es damals nach den Wünschen sämtlicher bürgerlichen Parteien gegangen, die durch das Verhalten der Kommunisten unterstügt wurden, so würden wir heute bei der Straßenbahn daselbe wie bei den Charlottenburger Wasserwerken erleben: die Straßenbahngesellschaft läßt ihre Hauptaufgabe nicht in der Personabeförderung, sondern in der Beförderung der Einnahmen in den Dividendenbeutel der Aktionäre. Die Wähler Groß-Berlins müssen am 25. Oktober dafür sorgen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit im Rathaus darüber wachen kann, daß die Ueberhöflichkeit aus den Gemeindebetrieben restlos der Gemeinde und damit den Wählern und Einwohnern wieder zugute kommen.

Banknotenspekulanten.

Noch immer gibt es Leute, die glauben, daß sie auf die in ihren Händen befindlichen Reichsbanknoten eine Aufwertung erwarten können. Scholtschuber machen aus dieser Sache sogar noch eine Quelle leichter Verdienstmöglichkeit. So treibt seit langem ein Reichsbankgläubigerverband sein Unwesen, der für 3 M. Mitgliedsbeitrag und 50 Pf. Eintrittsgeld seinen ahnungslosen Nachläufern einredet, die Reichsbank habe die Pflicht zu einer erhöhten Aufwertung der Vorkriegsnoten. Das ist natürlich Unsinn, der sich aber zuweilen für die beteiligten Vereinsführer lohnt. So wurde kürzlich in Hagen in Westfalen ein Fall bekannt, wo ein Führer des Verbandes die Mitgliedsbeiträge zu einem guten Teil in seine Tasche gewirtschaftet hatte. Der Mann tat noch das Bemühteste, was man mit diesen Geldern machen konnte. Denn zu etwas anderem waren sie wirklich nicht gut.

Nach dem Bankgesetz ist nämlich die Reichsbank verpflichtet, ihre Noten im Verhältnis von einer Billion Papiermark gleich einer Reichsmark einzulösen. Das ist vielleicht ein Unrecht an manchen Zeiten, die den vielen Mitteilungen der Reichsbank, daß alle Noten gleich viel gelten, nicht glauben wollten. Aber der Dummheit gegenüber gibt es kein Recht. Eine viel größere Ungerechtigkeit wäre jedenfalls, wenn man anders verfahren wollte.

Das unbegreifliche Ich.

48) Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.)

„Uebrigens, Herr Samuelson, ich werde in den nächsten Tagen meinen Mann zu Ihnen schicken, damit er mit Ihnen über die Zukunft unseres lieben Neffen sprechen kann. Wir haben ja doch eine gewisse Verantwortung, nicht wahr?“

„Es wird mir ein Vergnügen sein,“ antwortete Samuelson.

Wir kamen nach dem Kirchhof heraus.

Auf einem Erdbügel stand der Sarg. Der Prediger war bereits dort.

Ich hörte die drei Hände voll Erde dumpf auf den Sargdeckel fallen, und es durchschauerte mich.

Darauf trat der Prediger herunter und legte seine Hand auf meinen Kopf.

„Es ist nicht ganz leicht für Sie,“ sagte er freundlich.

Ich wollte ihn nicht ansehen, denn die Tränen stimmerten mir vor den Augen. Aber ich konnte ihn gewiß trotzdem gut leiden, denn er nannte mich Sie.

Dann drückte er mir die Hand und ging.

Ich blieb lange stehen und starrte zu Boden; aber als ich schließlich die Augen aufschlug, erblickte ich drei Menschen, die in einem merkwürdigen Abstand voneinander standen.

Samuelson stand oben am Grabe. Er stieß etwas Erde mit dem Fuß herunter, schüttelte den Kopf und stieß noch etwas mehr Erde herunter. Sein dünnes, schweinsborstenartiges Haar wehte ihm der kalte Wind vom Schädel hoch. Mein Onkel stand nach vorn gebeugt, den Zylinder vorn Bauch, wie eine schwarze Röhre. Er hielt ihn mit beiden Händen fest. Die zottigen Barspizzen schwankten.

Und meine Tante stand mit gen Himmel gewandtem Gesicht, die Hände über der Brust gefaltet und betete.

Aber sie standen jeder für sich so einsam in dem schwachen Wind da. Die Sonne glitzerte unruhig in den nassen Baumstämmen.

„Also gehen wir!“ sagte Tante mit einem harten Rud. Onkel richtete sich erschrocken auf. „Beden Sie wohl, Herr Samuelson, mein Mann wird dann in den nächsten Tagen

kommen. Lebe wohl, lieber Neffe, sei nun tapfer. Vertraue bloß auf ihn, und alles geht, wie es soll. Ja.“

Samuelson trug sich am Kinn und sah ihnen nach. Sie verschwanden hinter einigen Büschen. Onkels Zylinder blühte hin und wieder zwischen dem Grün hervor, und dann waren sie nicht mehr zu sehen.

„Gott, so! ein Paß!“ murmelte er.

Wir begaben uns auf den Heimweg. Samuelson stieß seinen Stock hart gegen das Pflaster, als ob er böse wäre.

„Glauben Sie, Tante wird wollen, daß ich zu ihnen ziehen soll?“ fragte ich.

„Und Geld kosten? Nein, da brauchst du keine Angst zu haben!“ sagte er höhnisch, „wenn es etwas gibt, was die Frommen lieben, so ist es ihr Geld.“

Dabeim im Laden drückte ich mich nur so herum. Zuweilen bediente ich einen zufälligen Kunden; doch ich war die ganze Zeit zerstreut, und gab ihnen verkehrte Zigarren.

„Och lieber aus und erhole dich!“ sagte Samuelson.

Am dem Nachmittage durchstreifte ich die ganze Stadt. Erst suchte ich die alten Plätze auf Desterbro auf; aber ich bereute es. Es war ein schmerzliches Gefühl, die Verbindung mit der Vergangenheit suchen zu wollen. Es war überflüssig; denn die Vergangenheit lag in mir selber, und was konnten Häuser und Menschen, die ich jahrelang nicht gesehen hatte, mir geben. Ein Gefühl von der Nutzlosigkeit alles Zurückblickens quälte mich, und um mich davon zu befreien, setzte ich mir neue und unbekannte Ziele. Ich wollte aus der alten Bohne heraus. „Madbin“ stand oben auf einem Straßenbahnwagen, wußte ich. Ich mußte fort und sehen, was „Madbin“ war. „Balby“ stand da an einem anderen Straßenbahnwagen. Es gab eine Menge unbekannter Straßen, wo ich mich hinflüchten konnte, und es gab fremde Städte und fremde Länder.

Eins stand mir fest, ich mußte das Fremde suchen, um mir selbst zu entgehen. Was sollte ich mit einer Vergangenheit, die mir Schmerz bereitete, und was sollte ich mit einer Zukunft, die von dieser Vergangenheit bestimmt wurde? Sollte ich als Zigarrenhändler mein Leben beschließen, weil meine Mutter Samuelson gekannt hatte?

Den ganzen Tag streifte ich in unbekanntem Barorten herum, und erst spät am Abend kam ich zu dem einzigen Menschen, den ich kannte, zu Samuelson, zurück.

Müde ging ich zu Bett und schlief sofort ein.

Aber mitten in der Nacht erwachte ich. Wieder war es eine Frauensstimme, die mich weckte. Selbst am Beerdigungs-

tage meiner Mutter konnte Samuelson seine nächtlichen Damenbesuche nicht entbehren!

Eine heiße Welle stieg mir ins Gesicht. Ich wollte aufstehen und etwas entsetzlich Unanständiges zu ihm herein-schreiben. Ich wollte — ich wollte —

Er hatte sich nie was aus Mutter gemacht! Er war einfach ein altes Schwein, das sich alle Frauen nahm! Er war etelhaft, und ihm sollte ich noch dankbar sein!

Tut — tat — tut — tat! sagte die Uhr auf meinem Tisch. Aber wie sollte ich von ihm loskommen? Wenn ich bloß stark wäre, wenn ich bloß Kräfte hätte!

Ich legte mich matt in die Kissen zurück.

12.

Waldemar saß mit Robert Scott im Klub zusammen. Ebenso unerwartet, wie Scott gereift war, war er auch wieder-gekommen, und er hatte unbegreiflich viel Geld.

„Ja, ich bin ziemlich plötzlich abgereist; doch du hast dich wohl nicht weiter in der Zwischenzeit gelangweilt,“ sagte er spitz. Er lehnte sein langes Gesicht zurück, als ob er auf Waldemar heruntersehen wollte. „Sie ist süß, findest du nicht?“

„Wer?“ Waldemar ahnte, auf wen er anspielen wollte.

„Nay, das Chinesenmädchen, natürlich. Ich höre, daß du dich ihrer sehr liebevoll angenommen hast!“ Er schob jedes seiner Worte erst auf die Lippen, bevor er es aussprach. Alles tam wohlüberlegt.

Waldemar sah ihn an, aber begegnete nur ein paar spöttischer Augen.

„Bist du böse, weil ich dir das Mädchen weggenommen habe? Du kannst sie wahrhaftig gern wiederbekommen. Sie ist mir etwas zu kostspielig,“ antwortete er überlegen.

„Ist sie dir wirklich zu kostspielig?“ fragte Scott. „Ich habe nun immer gefunden, daß Nay ein anspruchsloses, kleines Mädchen ist, und dann ist sie außerdem so naiv und natürlich, daß es ein Vergnügen ist. Es kleidet solche kleine Wesen, daß sie nicht an einem Geschäft vorbeigehen können, ohne was haben zu wollen, besonders wenn sie, wie Nay, das zu unterdrücken suchen.“

„Na, nun höre aber, Scott!“ brach Waldemar aus.

„Du mußt noch sehr wenig Erfahrung haben, wenn du sie anspruchsvoll nennst. Was ich seiner Zeit verehrte, war ein Minimum. Sie hat ja das sehr rühmensewerte Bedürfnis, sich bloß um der Hingebung willen zu geben.“

Waldemar merkte wohl, daß man ihn necken wollte; aber das war doch nur aus Rache.

(Fortsetzung folgt.)

Stehst du in der Wählerliste?

Bis zum Freitag, den 2. Oktober
kannst du täglich von 12-7 Uhr
nachsehen. Versäume es nicht!

Denn wie kommen gerade die glücklichen Besitzer rot gestempelter Tausender oder alt gedruckter Hundertter dazu, eine bessere Aufwertung zu fordern, als sie alle anderen Staatsbürger erfahren haben? Diese Leute wollen glauben machen, sie hätten ihr Geld schon vor dem Kriege gehabt. Aber bekanntlich galt jeder als ein Schuft, der während des Krieges sein Bargeld nicht in Kriegsanleihe anlegte. Und es ist bezeichnend, daß dieselben Leute, die damals nicht einmal den Mut aufbrachten, Kriegsanleihe zu kaufen, geschweige ihr wertgefügiges Geld den feindlichen Granaten anzubieten, heute im Lager der Deutschnationalen sitzen und nach der Aufwertung der Banknoten schreien. Mit den Leuten also, die ihre Banknoten „durchgeholt“ haben, kann man beim besten Willen kein Mitleid haben. Wie steht es mit den anderen? Wenn jemand im Jahre 1919 oder 1920, als man schon von einer persönlichen Aufwertung einzelner Notenarten schwärmte, und der verstorbene Reichsbankpräsident Hagenstein sich pergeißelt die Röhre gab, den Leuten das auszureden — obwohl er es eigentlich wissen mußte —, der ist nichts anderes als ein Spekulant. Er spekuliert damit, daß die anderen ärmer sein würden als er selber und daß ihm am Ende des großen Staatsbankrotts auf Kosten seiner zahlenden Mitbürger eine Extra-Aufwertungswurst gebraten werden würde. Man kann niemand eine solche Spekulation verbieten. Aber man muß sich dagegen wehren, daß die übrigen Volksteile sie bezahlen sollen. Denn jede Aufwertung der alten Banknoten bedeutet eine Inflation, bedeutet neue Geldentwertung — und wenn wirklich nicht das, so zum mindesten ungeheure Steuerlasten für diejenigen, die die Aufwertung der Noten bezahlen sollen. Dessen sind sich auch die meisten Volksgenossen durchaus bewußt. Sonst würden sie mit ihren vierstellige Zehntausendern, Hunderttausendern, Millionen- und Milliarden Scheinen vor der Reichsbank Schlange stehen und ebenfalls ihr Geld in Gold zurückgezahlt verlangen. Denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Keinen Vernünftigen ist das eingefallen. Alle Rechtsbestimmungen sprechen dagegen. Nur die Herren Verbandgründer sind anderer Meinung und gaulen den Unwissenden vor, es gebe für sie etwas Besonderes.

Und der Erfolg spricht zuweilen sogar dafür, daß die Dummen nicht alle werden. Obwohl der weitaus größte Teil der Billionennoten und kleineren Scheine schon eingezogen ist, ist immer noch ein nicht unbeträchtlicher Betrag solcher Scheine in den Händen des Volkes. Es kann immer noch, obwohl die Frist bereits abgelaufen ist, bei der Reichsbank umgetauscht werden. Das Homstern der alten Scheine ist eine Torheit; wer sie sich leisten will, der tut das auf eigene Kuppe. Aber man verlange nicht von den ohnehin schon von Steuern ausgefogelten Proleten, daß diese die tödlichen Spekulationen anderer bezahlen sollen.

Verdächtige Eile.

Ein neuer Stadtschulrat vor den Wahlen?

Im Rathaus ist wieder einmal ein großes Schieben im Gange. Die Rechte hat — sie wird selber wohl wissen, warum — einigermaßen begründete Angst vor dem Ausgang der Stadtverordnetenwahlen. Sie möchte unter allen Umständen noch vor der Auflösung der Versammlung den Nachfolger Paulsens wählen.

In allen Tonarten werden auf Kommando in den Zeitungen der Rechte die Tugenden des volksparteilichen unbeforderten Stadtrats Benefe gepriesen. Dieser ebenso arrogante, wie unsympathische und reaktionäre Herr soll, kurz vor Loresschluss, unbedingt den Posten des zentralen Stadtschulrats für Groß-Berlin erhalten. Deutschnationale und Volksparteier, gemeinsam mit den Herren Müller-Franken sind sich handelseinig geworden. Ausschlaggebend sind die Demokraten. Um sie zu gewinnen, wird eifrig hin und her verhandelt. Die Demokraten legen offenbar großes Gewicht darauf, ihren repräsentablen Herrn Merz ebenfalls in irgendeiner Form in den Magistrat zu entsenden. Zu dem Zweck wird eine Teilung des Stadtschulratspostens empfohlen. Die Rechte will darauf offenbar nicht eingehen und erklärt, daß erst Benefe gewählt sein müsse, ehe man weiter verhandeln könne. Die Demokraten wollen aber nicht die Taube auf dem Dach, sondern den Spatz in der Hand und wenden sich deshalb vorläufig nach oben die Wahl Benefes. Im „Tageblatt“ erklärt außerdem Paul Michaelis, daß Benefes Wahl überhaupt nicht in Frage kommen könne. Um die Demokraten würde zu machen, schießt der „Total-Anzeiger“ mit Kanonen auf sie. Das fürchterliche Geknister einer neuen sozialistisch-kommunistischen Mehrheit und einer angeblich sicher bevorstehenden Wiederrückkehr Paulsens wird an die Wand gemalt. Das ganze Bürgerium wird zum Kampfe um die bedrohten heiligsten Güter aufgerufen. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung steht der Bericht des Wohlfahrtsausschusses zur Diskussion, der bekanntlich die Wiederbefehlung der Stelle empfiehlt, ohne bestimmte Kandidatenvorschläge machen zu können. Bezeichnend für die Rechtsparteien ist ihre Angst vor dem Ergebnis der Neuwahlen und der Eifer, mit dem sie das Geschäft unter allen Umständen vor den Wahlen unter Dach und Fach bringen wollen. Vorläufig möchten wir nicht glauben, daß die Demokraten gerade jetzt vor den Wahlen mit den Deutschnationalen zusammen die Befehlung dieses wichtigen Postens vornehmen. Sie haben bei der Begründung ihrer Haltung anlässlich des Abbaues Paulsens ausdrücklich erklärt, dieser Abbaupaulsens erfolge nur wegen seiner Person, es dürften daraus keine Schlüsse auf ihre sozialpolitische Haltung gezogen werden. Würden die Demokraten jetzt mit den Deutschnationalen zusammen Herrn Benefe wählen, der im übrigen seine reaktionären Krallen erst zeigen wird, wenn er fest im Sattel liegt, dann würden sie damit nur bestätigen, daß es ihnen in Wirklichkeit im Berliner Rathaus darauf ankommt nicht eine Politik des Ausgleichs zu treiben, wie sie das gelegentlich so schön versichern, sondern ausgesprochene Bürgerreaktion. Wir haben den Demokraten keine Ratsschlüsse zu erteilen. Sie werden sich selbst darüber im klaren sein, welche Folgen eine solche reaktionäre Wahl mit Unterstützung der Demokraten auch allgemeinpolitisch im Berliner Rathaus und darüber hinaus haben müßte. Schon die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird über diese für die Zukunft sehr wichtige Frage Ausschluß geben.

Der Straßenbahnunfall in der Brunnenstraße.

Zu dem gestrigen Abendblatt gemeldeten schweren Straßenbahnunfall in der Brunnenstraße Ecke Anklamerstraße erfahren wir noch folgendes: Die erste Nachricht, die den Unfall auf ein Verhängen der Bremse zurückzuführen ließ, ist nicht zutreffend, da die sofort angestellten Untersuchungen ergeben haben, daß die Bremse völlig in Ordnung war. Eine genaue Nachprüfung der Zeugenaussagen wies die Schuldfrage reiflos klären. Von den sieben Personen, die im Lazarus- und Hedwig-Krankenhaus Aufnahme gefunden haben, befinden sich zwei Personen in Lebensgefahr, und zwar der Schlosser Paul Rose aus der Hufschmiedestraße 16 und der Kaufmann Wilhelm Gruppe aus der Kolonnenstraße 7, die beide mit einem schweren Schädelbruch daniederliegen. Die anderen fünf Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr.

Auch ein „Brandstifter“.

Raucht heute irgendwo ein Schornstein, so wird Brandstiftung vermutet. Undaurend ist die Feuerwehrtätigkeit, Tag und Nacht befindet sie sich in erhöhter Alarmbereitschaft, so daß infolge der vielen Alarmierungen oft die Beschäftigten nicht voll besetzt sind, da bei jeder Weildung oft sofort zwei Wälzläge entsandt werden. Und der Brandherd? — sehr oft ein qualmender Ofen. Gemiß haben

die Brandstifter eine große Unruhe in die Bevölkerung getragen und oft ist schnelle Hilfe geboten, aber nicht toplos handeln, soviel Zeit bleibt immer, um festzustellen, ob tatsächlich ein Brand vorliegt. Wie verhält sich die Bevölkerung geworden ist, beweist ein Vorfall, der sich kürzlich ereignete. Im Norden der Stadt sollte es brennen. Feueralarm! Sofort wurde, wie üblich, ein Feuerwehrmann mit dem Rade vorausgeschickt. Pflichtgemäß begab er sich sofort auf den Boden des Hauses, um den Brandherd festzustellen. Doch die Bewohner paßten auf; denn kaum auf dem Boden angekommen, wurde er von derben Männerhäufen gepackt und festgehalten, die nichts anderes glaubten, als ein in einer Feuerwehruniform verkleideter Brandstifter sei am Werk. Erst als einige Schulkinder hinzukamen, klärte sich der Irrtum auf, und es war wieder einmal falscher Alarm gewesen.

Frauenmord im Odenwald.

Die Lote eine Berlinerin?

Ein Mord im Odenwald beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei, weil mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß die Ermordete, bisher noch unbekannt Frau aus Berlin stammt und vielleicht auf ihrer Sommerreise den Tod von Verbrecherhand gefunden hat. Die Leiche wurde am 31. August im Walde bei Möriensbach, dem sogenannten Hohen Rain, in der Nähe eines Holzabfuhrweges unter Tannengebüsch verdeckt aufgefunden. Die Unbekannte war durch mehrere Hammerschläge auf den Kopf getötet worden. An beiden Armen waren ihr in der Gegend der Pulsadern auch noch Messerschneide beigebracht worden. Es ist immer noch nicht gelungen, ihre Persönlichkeit festzustellen. Für ihre Ermittlung und die Feststellung des Täters hat die hessische Staatsanwaltschaft zu Darmstadt eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Die Ermordete war etwa 28 bis 35 Jahre alt und 1,58 bis 1,60 Meter groß, hatte eine gefasste Gestalt, ein rundes volles Gesicht, eine spitze Nase, graublau Augen und dunkelbraunes Haar. Sie trug einen schwarzen mit Stoff überzogenen kleinen Topfhut (Kinnform), einen mausegrauen knielänglichen Pullover mit Gürtelbändern, schwarze Strümpfe mit blauen Bändern und schwarze Spangenschuhe. Am Latz wurde ein gewöhnlicher 500 Gramm schwerer Hammer, ein blutiges Taschentuch und ein Stück Toilettenseife gefunden. Die Ermordete hatte gepflegte Hände. Zur Feststellung ihrer Person kann wahrscheinlich am meisten der Zahnarzt beitragen, der sie wiederholt behandelt haben muß. Sie hatte im Oberkiefer künstliche Schneidezähne, die beiden mittleren und der rechte seitliche in einer gut gearbeiteten Brücke (Gold mit Porzellanfronten) zusammengefaßt. Bei dem linken seitlichen Schneidezahn, offenbar einem Stützahn, fehlte die Porzellanfront. Links oben fehlte der erste Molarkahn und der Weisheitszahn, rechts oben der erste und zweite Prämolarkahn. Unten links stand der Eckzahn etwas nach innen aus der Reihe verschoben. Der zweite Prämolarkahn und der dritte Molarkahn fehlten, ebenso unten rechts der dritte Molarkahn. Des Nordes verdächtig sind ein Mann und eine Frau, die am 30. August aus der Richtung von Möriensbach kommend, von der Landstraße auf einen Seitenweg einbogen, der nach der Nordseite zu führt. Dieser Mann ist etwa 1,70 Meter groß, etwa 45 bis 48 Jahre alt, hat ein schmales langes Gesicht mit einem kleinen schmalen blonden Schnurrbart und trug einen schlichten lauberen braunen Anzug, einen weichen dunklen Hut, schwarze Schürhülle, einen grünen Rock und auf dem Arm eine graugrüne Windjacke oder einen Gummimantel und darunter verschiedene nicht erkennbare Gegenstände. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt in Berlin Kriminalkommissar Brachwitz, Zimmer 92, im Polizeipräsidium entgegen.

Besuch bei der Konsumgenossenschaft.

Zus Anlaß der im „Vorwärts“ schon mitgeteilten Versuche, beim Brotbacken die Dampfschwaben zur Gewinnung von Alkohol auszunutzen, hat die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit weitest Kreise auf sich gelenkt. Da dieses von dem Italiener Andrusiani erfundene Verfahren nur in großen Bäckereien angewendet werden kann, so waren die Bäckereien der Konsumgenossenschaft die geeignete Stelle, die neue Art der Alkoholgewinnung zu erproben. Die Konsumgenossenschaft sah gestern Vertreter der Presse als Gäste in ihrer Zentrale Lichtenberg, deren riesiger Bäckereibetrieb als Versuchsstätte für das Andrusianische Verfahren der Alkoholgewinnung dient. Der Geschäftsführer Virus hob in seinen erläuternden Ausführungen hervor, daß es für die Volkswirtschaft ein beachtenswerter Gewinn sein kann, wenn aus dem von den Broten aufsteigenden Dampf der darin enthaltene Alkohol, der sonst mit dem Dampf durch den Schornstein in die Luft entweicht, künftig als Nebenprodukt gewonnen wird. Die bisherigen Versuche im Bäckereibetrieb der Konsumgenossenschaft haben Ergebnisse gebracht, die mit jedem neuen Versuch besser wurden, aber die Frage der Wirtschaftlichkeit sei erst noch zu klären. Der Backprozeß werde durch die Alkoholgewinnung um etwa 15 Minuten verlängert, so daß pro Ofen und Tag 224 Brote weniger hergestellt werden könnten. Ein Vertreter der die Durchführung des Andrusianischen Verfahrens betreibenden Gesellschaft erklärte, bei den in Italien gemachten Versuchen sei eine Verlangsamung des Backprozesses nicht bemerkt worden.

Den Gästen wurde auch Gelegenheit gegeben, den großartigen und musterartigen Bäckereibetrieb in allen Teilen zu besichtigen. Viele unserer Leser kennen die Einrichtungen der Konsumgenossenschaftsbäckerei aus eigenen Besuchen, die Antriebsmaschinen, die in fünf Minuten 7 Zentner Teig kneten, die Teil- und Widmaschinen, die es auf eine Stundeneistung von 1500 Broten bringen, die Brotbacköfen, deren jeder pro Stunde 112 Brote liefert. Der Grundsatz, daß Mehl, Teig, Brot nicht mit der Hand berührt werden und möglichst alle Arbeit durch Maschinen geleistet wird, ist in weitgehendem Maße durchgeführt. Auch einer der neuen Autodosen, die seit einigen Tagen in Benutzung sind, wurde gezeigt. Jeder dieser drei Ofen ist auf eine Stundeneistung von 14 000 Schrippen eingerichtet. Besichtigt wurde auch die Pfefferkuchenbäckerei und die Konditorei, in denen gleichfalls die Hand möglichst durch die Maschine ersetzt ist. Sauberkeit ist in den Betrieben der Konsumgenossenschaft streng beachtetes Gele. Die Pfefferkuchenbäckerei rüstet schon zum Weihnachtsfest. Sie wird ihre Erzeugnisse bald an die Verkaufsstellen abgeben. Wetter für Berlin und Umgegend. Tagüber heiter und warm. Nacht und frühmorgens neblig und sehr kühl. — Für Deutschland. Im Südbereich noch demüht, sonst überall heiter. Fortwährend leichter Nachtfrost.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 1. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30-5 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dr. Karl Sarre: „Künstlerische Oele“. 7.25 Uhr abends: Dr. Kurt Magnus: „Die Steuern im Oktober“. 7.50 Uhr abends: Obermagistratsrat Dr. Zietzen: „Fünf Jahre Groß-Berlin“. 8.30 Uhr abends: Orchesterabend. Unter Mitwirkung von Gregor Pistigorsky, erster Solocellist des Berliner Philharmonischen Orchesters. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Weber: Ouvertüre zu „Euryanthe“. 2. d'Albert: Cellokonzert (Gregor Pistigorsky). 3. Mendelssohn: Italienische Sinfonie (Berliner Funkorchester). 10 Uhr abends: Ludwig Berger spricht über „Erinnerungen aus meiner Film-tätigkeit“. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmzettel. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik.

Im Polizeipräsidium beraubt?

Ein toller Gaunerstreich.

Die „Bosliche Zeitung“ berichtet über einen Gaunerstreich, der wohl einzig dastehet und besonders dadurch ausgezeichnet ist, daß der Hort der öffentlichen Sicherheit, das Polizeipräsidium, den Hintergrund, gleichsam die Kulisse des ganzen Spiels abgab.

Eine große industrielle Firma hatte zwei Kassenboten zu einer Bank in der Nähe des Halleschentores geschickt, die die Lohngehälter holen sollten. Als die beiden Kassenboten die Bank verließen, traten auf der Straße zwei Männer auf sie zu, die sich durch gefälschte Marken als Kriminalbeamte auswiesen, gefälschte Haftbefehle vorwiesen und die Kassenboten zwangen, mit ihnen den Weg ins Polizeipräsidium anzutreten. Auf dem Hof des Polizeipräsidiums nahmen ihnen die „Kriminalbeamten“ das Geld in Höhe von vielen Tausend Mark ab und forderten sie auf, zu warten. Nachdem die Kassenboten mehrere Stunden vergeblich gewartet hatten, schöpften sie Verdacht und mußten zu ihrem Schrecken feststellen, daß sie im Polizeipräsidium Verbrechern in die Hände gefallen waren.

Auf unsere Anfrage bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums wurde die vorstehende Nachricht demontiert. Über vielleicht bezieht sich dieses Dementi doch nur auf Einzelheiten des Berichts der „Boslichen Zeitung“. Sie hatte nämlich davon gesprochen, daß die Verbrecher die Kassenboten in ein leerendes Zimmer des ersten Stockes geführt und dort ausgeraubt hätten. Tatsächlich aber soll sich der Vorfall auf dem Hof des Präsidiums abgepielt haben. Das aber sind Neußerlichkeiten, das Wesentlichste bleibt, daß die Verbrecher unter den Augen der Schupo mit Erfolg „arbeiten“ konnten. Man darf annehmen, daß sich die zuständige Stelle zu dieser Angelegenheit alsbald äußern wird.

Drei große Volkstage auf der „Ripho“. Im weitesten Kreise der Berliner Bevölkerung den Besuch der Kino- und Photoausstellung (Ripho) in den Ausstellungshallen am Rüterbamm zu ermöglichen, veranstaltet das Berliner Messeamt drei billige Volkstage: Donnerstag, Freitag und Sonnabend. An diesen Tagen beträgt der Eintrittspreis für Aufnahmehalter und „Kino der Viertelstunde“ nur 1 Mark für Parkett und Rang, die Orchesterplätze bei den Stelleraufnahmen und die Logen im Kino kosten 2 Mark. Eine besondere Vergünstigung für den Besucher der beiden Veranstaltungen liegt darin, daß er bei der Kartenlösung im Keller für die Abendkinoausstellung und umgekehrt im Kino für die Stelleraufnahme am nächsten Tage bis zum Sonnabend eine Freitrate erhält. Am dritten Volkstag, am Sonnabend, abends 8½ Uhr, findet am Funkturm ein großes Feuerwerk in vollkommener neuartiger Ausführung statt.

Auf gegen die Schulreaktion, gegen jede pädagogische Gefinnungs-frechung, gegen das neue Reichsschulgesetz, für die freie Schule des freien Volkes. Große öffentliche Kundgebung am Donnerstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, in den Epichernialen, Epichernialstraße 3. Es sprechen Gen. Klara Böhm-Schuch, Gen. G. Ströbel, Gen. Prof. Destreich, Ernst Semmer, Chefredakteur Otto Kufsch, Senatspräsident Freymuth, Genosse Dr. Godann u. a.

Die Personalausnahme zur Feststellung der Steuerpflichtigen in Berlin findet am 10. Oktober d. J. statt. Gleichzeitig erfolgt dabei eine Aufnahme aller Betriebe, Bureau, Arbeitsstätten und Kassen. Die Betriebe, die in der Aufnahme erfaßt sind, sind auch auf Behörden, Verwaltungen, öffentliche Betriebe und die Angehörigen der freien Berufe. Die auszufüllenden Listen werden den Hausbesitzern oder ihren Vertretern vorher ausgestellt. Die Abholung erfolgt vom 13. Oktober ab. Da die Ausfüllung der Steuerarten auf Grund der Angaben in den Haushaltslisten erfolgt, liegt es im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen, daß die Listen vollständig und leserlich ausgefüllt werden. Die Verpflichtung zur Ausfüllung der Listen kann nach § 202 der Reichs-abgabenordnung durch Geldstrafen erzwungen werden.

Beiratsbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 18. Okt., nach 3 Uhr im Staatlichen Schiller-Theater, „Kleinliche Rebell“, Schauspiel von Arnold Böcklin. Preis pro Karte 1,20 Mk. Für große proletarische Feiernunden. Preis für alle fünf Veranstaltungen im Rahmen 4 Mk. Die noch ausstehenden Listen für die internationalen Volkskassen und Volkslieder müssen schnellstens zurückgereicht werden. Einzelnanzahlungen für die Feiernunden und Karten für alle Veranstaltungen in den örtlichen Verwaltungen der Verbände, im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25; Bazarvereinsbüro, Engelauer 24/25; Bureau des Beiratsbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8; Tabakvertrieb, Julestr. 6; Buchhandlung Gewandstr., Lindenstr. 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5; bei den Mitgliedern der Kreis- und Bildungsausschüsse, in allen Vorwärts-Redaktionen.

Neue Hand im Theater „Die Rakete“. Die Premiere des Stückes „Der Mann im Ratten“ von Kurt Rothfeld mit Dag Halbert, Paul Krogan und Annemarie Wiede in den Hauptrollen. — Die Operettenparodie „Quo Vadis“ von Billy Kolen wird täglich nachmittags 5 Uhr mit Paul Krogan, Ami Jernik und Erich Schmidt-Eimer aufgeführt und geht am Sonntag, den 4. Oktober, bereits zum 100. Male in Szene.

Geschäftliche Mitteilungen.

Eine glänzende Beurteilung durch viele Kaufmann haben die neuen von Dr. Oetker herausgegebenen Kuchen- und Kuchenrezepte erfahren, die jetzt auch in anderer Sprache laudend erscheinen werden. Es dürfte sich empfehlen, diese auszuschreiben, um sie im Bedarfsfälle zur Hand zu haben. Nach Bedarf oder als ein vollständiges Oetker-Rezeptbuch kostenlos von Ihrem Kaufmann zu verlangen oder, wenn vorgezogen, ich mit Postkarte um kostenfreie Ueberlieferung direkt an die Firma Dr. A. Oetker, Bielefeld, zu wenden.

Sagen Sie niemals

„Ich kann nicht backen!“ Keine Frau sollte das von sich behaupten, denn jede kann es und sogar mit bestem Erfolg, weil mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ der Kuchen stets gelingt. Selbst für den Neuling ist es leicht, nach Dr. Oetker's sorgfältig ausprobierten Rezepten zu backen. Schon die ersten Versuche werden Sie verlocken, Dr. Oetker's

MoCCA-Schokoladen-Cremetorte

zu backen.

Zutaten:	
Teig: 200 g Zucker	Creme: ¼ Liter Milch
3 Eier	1 Päckchen Dr. Oetker's Schoko-laden-Speisepulver
4 Eßlöffel Wasser	50 g Pfd. Zucker, ¼ Liter Wasser
100 g Weizenmehl	50 g Kaffee
50 g Dr. Oetker's Gustin	¼ Pfd. Butter
¼ Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“	25 g Palmöl
1 P. Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	

Zubereitung des Teiges: Die 3 Eigelb werden mit Wasser, Zucker und Vanillin-Zucker schaumig gerührt und das mit dem Backin gemischte Mehl und Gustin nach und nach hinzugefügt. Zuletzt zieht man den Eierschnee unter die Masse und backt bei gelinder Hitze in einer Springform.

Zubereitung der Creme: Von ¼ Liter Wasser und dem gemahlenden Kaffee macht man Kaffeeaufguss u. bereitet aus diesem, der Milch, Zucker u. dem Schokoladen Speisepulver einen Pudding, den man bis zum Erkalten köchelt. Unterdessen rührt man ¼ Pfd. Butter und 25 g Palmöl schaumig, ungelöst eine halbe Stunde lang; gibt löfelfeine die erkaltete Schokoladenspeise darunter. Den erkalteten Puddingboden schneidet man in drei gleiche Teile und gibt die Creme darzwischen. Die Oberfläche und Seiten bestreicht man ebenfalls mit Creme und verziert mit dem Spritzbeutel die Oberfläche.

In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld

Verwendung der Berliner Hauszinssteuer.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin verbreitet folgende Ausführungen des Hauptsteuerdirektors Dr. Hans Lange über die Verwendung der Berliner Hauszinssteuer.

Als durch die 3. Steuernotverordnung „als Geldwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken“ eine neue Steuer vom bebauten Grundbesitz eingeführt wurde, bestimmte das Gesetz zugleich, daß das Aufkommen dieser Steuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) dienen sollte und ferner zur Deckung des Aufwands, der ihnen durch die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei erwuchs, die ihnen durch das gleiche Gesetz zu selbständiger Regelung überlassen worden waren. Außerdem sollten mindestens 10 Proz. des Steueraufkommens zur Förderung der Neubaulätigkeit verwendet werden. Die neue Steuer wird in Preußen als „Hauszinssteuer“ in Zuschlägen zur staatlichen Grundsteuer erhoben, und zwar zurzeit mit 700 Proz., was etwa 28 Proz. der Friedensmieten entspricht. Bekanntlich steht in absehbarer Zeit eine weitere Erhöhung bevor. Nach dem bisherigen Stande ist für das Rechnungsjahr 1925 in ganz Preußen mit einem Jahresaufkommen von rund 574 Millionen zu rechnen. Davon bringt Berlin allein 38,74 Proz., d. h. rund 222 Millionen auf.

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Staat, Gemeindeverbände und Gemeinden und seine Verwendung zu reinen Finanzzwecken oder zur Förderung der Neubaulätigkeit ist in Preußen mehrfach geändert worden. Nach der jetzt geltenden Regelung werden die in Berlin aufkommenden 222 Millionen wie folgt verteilt:

I. Für Neubaulätigkeit $\frac{1}{14}$ und zwar	
a) zur Verteilung durch den Staat $\frac{3}{14}$	47.571 Mill.
b) zur Verfügung der Stadt Berlin $\frac{1}{14}$	63.429 „
II. Für allgemeine Finanzzwecke $\frac{13}{14}$	
a) für den Staat $\frac{3}{14}$	79.286 „
b) für die Gemeinden $\frac{10}{14}$	31.814 „
und zwar zu b) mit folg. Unterverteilung:	
1. nach dem örtlichen Aufkommen $\frac{1}{2}$	6.843 „
2. nach der Bevölkerungszahl rund $\frac{1}{3}$	24.610 „
3. 3 Proz. in einen Fonds zur Unterstützung besonders bedürftiger Gemeinden	0.761 „
Der Stadt Berlin verbleiben für Rammereizwecke der Betrag zu 1. (örtliches Aufkommen)	6.843 Mill.
von dem Betrag zu 2. (nach der Bevölkerungszahl)	6.675 „
zusammen	13.018 Mill.

Berücksichtigt man ferner noch, daß Berlin im Jahre 1924 von den durch den Staat erteilten Mitteln zur Förderung der Neubaulätigkeit gar nichts erhalten hat, so ergibt sich nach der bisherigen Handhabung über die Verteilung der Berliner Hauszinssteuereinkünfte folgendes Bild: Von dem Berliner Aufkommen 1925 von voraussichtlich 222 Millionen (100 Proz. = 31,81 Millionen) erhält

1. der Staat für eigene Finanzzwecke	79,28 Mill. = 280 Proz.
2. die Stadt Berlin	
a) für Neubaulätigkeit	63,43 „ = 200 „
b) für Rammereizwecke	13,02 „ = 41 „
3. die übr. preuß. Gemeinden	
a) für Neubaulätigkeit	47,57 „ = 149 „
b) für Rammereizwecke	18,70 „ = 60 „
zusammen	222, — Mill. = 700 Proz.

Es fließen also aus dem Berliner Aufkommen nicht weniger als 66,27 Millionen anderen preussischen Gemeinden und Gemeindeverbänden zu, davon 18,70 Millionen für allgemeine Finanzzwecke.

Man wird anerkennen müssen, daß bei den heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen vieler Gemeinden und bei den Schwierigkeiten, die sich bei der vorläufigen Regelung des Finanzausgleiches und deren praktischer Durchführung ergeben haben, ein Ausgleich auch in der Weise erfolgen muß, daß aus dem Aufkommen der steuerkräftigen Gemeinden, insbesondere der Großstädte, auch Mittel für die Finanzzwecke der besonders bedürftigen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden müssen, die dann nach bestimmten Schlüssel verteilt werden. Diese Heranziehung der steuerkräftigen Gemeinden zu Ausgleichszwecken muß aber in gewissen angemessenen Grenzen bleiben. Sie darf nicht dazu führen, daß die leistungskräftige Gemeinde in ihrer Beteiligung an dem örtlichen Aufkommen so eingeschränkt wird, daß sie genötigt ist, ihre sonstigen Steuerquellen stärker anzupacken, als es in den Gemeinden der Fall ist, denen im Wege des Ausgleiches Mittel aus den Großstädten zufließen. Die jetzige Regelung der Verteilung entspricht dieser selbständigen Voraussetzung nicht. Dies gilt in besonderem Maße für die Beteiligung an den $\frac{3}{14}$ (100 Proz.) Gemeindeanteil, der für allgemeine Finanzzwecke bestimmt ist. Bis zum März dieses Jahres erfolgte die Verteilung dieses Anteils noch in der Weise, daß die Hälfte des örtlichen Aufkommens den Gemeinden verblieb und die andere Hälfte unter den Stadtkreisen nach einer logenannten veredelten Bevölkerungszahl verteilt wurde. Demgemäß konnte auch in dem Entwurf des Berliner Haushalts 1925 für allgemeine Rammereizwecke der Betrag von 28 Millionen aus der Hauszinssteuer eingesetzt werden.

Dieser Verteilungsmaßstab ist durch eine preussische Verordnung vom 28. März 1925 in der jetzt geltenden ungünstigen Weise verändert worden, wodurch in dem Haushalt nur noch 14 statt 28 Millionen eingesetzt werden konnten. Durch diese schwerwiegende Maßnahme wurde es der Stadt unmöglich gemacht, die so dringend erwünschte Senkung der Berliner Gewerbesteuer in fühlbarer Weise durchzuführen. Wäre der bisherige Verteilungsmaßstab bestehen geblieben, so wäre es der Stadt möglich gewesen, die Gewerbesteuer nach dem Ertrage auf 350 Proz. und nach der Lohnsumme auf 700 Proz. Zuschläge statt auf 425 Proz. und 1000 Proz. zu senken oder bei einer nicht so weit gehenden Senkung bei anderen Steuerarten noch gewisse Erleichterungen zu schaffen. Diese Veränderung ist für die Stadt um so bedauerlicher, als die Berliner Bevölkerung infolge der hohen Mieten ja viel schwerer durch die Hauszinssteuer belastet wird als die Einwohner der mittleren und Kleinstädte und der Landgemeinden. Nach der Bevölkerungszahl umgerechnet, bedeutet das jetzige Jahresaufkommen von 222 Millionen in Berlin eine Belastung von rund 56 Mark auf den Kopf der Berliner Bevölkerung, gegenüber nur rund 10,30 Mark auf den Kopf der übrigen preussischen Bevölkerung einschließlich aller übrigen deutschen Großstädte. Da an dem Berliner Aufkommen die gewerblich genutzten Grundstücke in erheblichem Maße beteiligt sind, so bildet die Hauszinssteuer auch eine bedeutende Vorbeflastung der Berliner Gewerbebetriebe gegenüber Handel und Industrie in der Provinz. Die jetzige Regelung der Verteilung entspricht auch nicht den Erfordernissen, die das Finanzausgleichsgesetz stellt, daß nämlich neue Aufgaben den Gemeinden nur überwiesen werden sollen, wenn gleichzeitig die Mittel für die Deckung der erforderlichen Ausgaben zur Verfügung gestellt werden. Die durch die 3. Steuernotverordnung der Stadt Berlin übermiesenen neuen Wohlfahrtsaufgaben erfordern für 1925 einen Mehrbedarf

von rund 24 Millionen, während die Stadt aus der Hauszinssteuer nur 14, voraussichtlich sogar nur 13 Millionen zur Deckung erhält.

Die Berliner Bevölkerung und die gesamte Berliner Wirtschaft hat also ein dringendes Interesse daran, daß die jetzt geltende Regelung über die Beteiligung der Stadt an der Hauszinssteuer wieder beseitigt wird, und daß die Stadt Berlin auch bei den bevorstehenden weiteren Erhöhungen der Hauszinssteuer in angemessener Weise an dem Aufkommen beteiligt wird. Es erscheint auch nicht gerechtfertigt, daß von den 47,5 Millionen Berliner Aufkommen, die der Stadt für Neubaulätigkeit auf die Gemeinden verteilt, Berlin völlig unberücksichtigt bleibt.

Arbeitersport.

Kommunisten gegen den Arbeitersport.

Wie die Kommunisten im Stadtparlament die Interessen der Arbeitersportler vertreten, zeigte sich wieder einmal in der Sitzung des „Ausschusses für Leibesübungen“, die am Montag gemeinsam mit dem Turnauschuss abgehalten wurde. Zur Beratung standen eine ganze Anzahl Unterstützungsanträge von Sportvereinen, unter denen sich auch Arbeitersportvereine befanden. Unsere Genossen Schmidt und Frau Fern befürworteten die Anträge der Arbeitersportvereine und setzten durch ihr energisches Eintreten durch, daß eine ganze Anzahl der Anträge bewilligt wurden. Wenn dennoch einige Arbeitersportvereine leer ausgingen, so lag das daran, daß die Kommunisten Gah und Sellheim durch Abwesenheit gänzten, wie sie das schon öfter taten und dadurch die Bürgerlichen die Mehrheit hatten. Sie überließen die Begründung der Arbeiteranträge den dreimal verdamnten Sozialdemokraten, was sie jedoch nicht hindert, nachher in der Deffentlichkeit ihr warmes Herz für die Arbeitersportler zu entdecken. Nicht anders war den Turnvereinen die Kommunisten bei einer Angelegenheit, die den Turnverein „Fichte“ betraf. Fichte war durch die Baupolizei aufgelöst worden, die Sportbaracke am Schäfersee in Reinickendorf zu beseitigen, da eine Genehmigung der Baupolizei zur Aufstellung nicht eingeholt worden war und weil sie angeblich die Umgebung des Sees verunziere. Der Turnverein sollte die Kosten der Beseitigung tragen, er hatte bereits eine Zahlungsaufforderung von 700 Mark erhalten. Hilfesuchend wandte sich der Vorstand an die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion. Während die Kommunisten Sellheim und Günther im Plenum der Bezirksversammlung großmäulige, revolutionäre Reden hielten, waren sie in der Ausschusssitzung nicht anwesend. Unserm Genossen Schmidt gelang es in direkten Verhandlungen mit den zuständigen städtischen Körperchaften einen Kostenzuschuß zur Beseitigung der Baracke in Höhe von 1200 Mark zu erhalten; gleichzeitig wurde auch die Zahlungsaufforderung zurückgenommen. Durch die Fürsprache unseres Genossen stellte das Bezirksamt auch noch Arbeitsgeräte zur Verfügung.

Das ist kommunistische Maultheorie und sozialdemokratische Arbeitspraxis. Die Arbeitersportler werden daran bei den Stadtverordnetenwahlen denken und nur Sozialdemokraten wählen.

Turnverein „Die Rotenrose“ (Zentrale Wien), Bezirksrat Korben: Jeden Sonnabend (7-9 Uhr) in der kleinen Halle im Stadtbld Gerichtsstraße gemeinsamer Badeabend für alle Mitglieder zu ermäßigten Preisen. Bei Abwesenheit des Bezirksrats ist die Mitgliedskarte vorzulegen. — Wkt. Geduldbrunnen: Freitag, den 2. Oktober, 8 Uhr, Vortrag: „Marxismus und Rotarmistenschaft“ im Sailer-Saal, Postl. des Böttcherstraße.

Briefkasten der Redaktion.

G. R. Reim

Fahrräder billiger!



Neue Fahrräder mit Muffenlötlung und Keillager M. 50, 55, 60, 65
Elegante Halbbrenner mit Keillager oder Doppelglockenlager, mit Rücktrittbremse, roter oder grauer Gummibereifung, gelben Felgen, Rennlenker (Dobbrak) usw. M. 75
Elegante Damenräder M. 65, 70
Elegante Damenräder mit prima Freilaufnabe und Rücktrittbremse, gelben Felgen, gelbem Sattel mit vernickelten Federn, guter Gummibereifung (rot oder grau) kompl. Werkzeug, Glocke, Pumpe usw. M. 75
Damenräder in eleganter Luxusausführung m. erstklass. Rahmenbau, in Tauchverfahren gelötet, mit Präzisions-Tretlager, erstklassiger Emallierung mit Goldlinien abgesetzt, mit drei Jahr Garantie, mit Original-Torpedofreilaufnabe, mit Rücktrittbremsen, „die beste der Welt“, engl. Lenker mit Vorbau, guter Handbremse mit gelbem Nickelledersattel, gelber Ledertasche mit kompl. Werkzeug, mit Rahmenpumpe oder Fußpumpe, eleg. Zelluloidkettenschutz und Perlenverschönerung, prima Continentalgummibereifung mit erstklassiger elektrischer Dynamolampe M. 98
Ueber 4000 Fahrräder am Lager
Kompl. Rahmen mit Tretlager und Gabel 25, 28, 30, 35
Motorrad-Rahmen verschiedene Modelle Stück M. 50
Neu! Kinderzweiräder Marke Sausewind, m. Kettenübertragung, Vollgummireifen 26
Kinderdreiräder Marke Sausewind m. Kettenübertragung 35
Alle Fahrradzubehörsgegenstände billig!
Luftschläuche Stück M. 0⁸⁵ 1⁰⁰ 1²⁵ 1⁵⁰
 Dunlop, Peter Union, Excelsior, Continental Stück M. 1,95
Prima Schlauchreifen rot oder grau Stück M. 7
Gummi-Laufdecken Stück M. 3, 3⁵⁰, 4 usw.
 Dunlop, Excelsior, Peter Union, Continental, 5
 prima weiß Stück M. 5
Erstklassige große starke Messing-Karbidlampe M. 4,50
Dynamolampen von M. 9,90 an

Ernst Madnow Großtes Fahrradhaus
 Berlins, Weimolsterstr. 14
 Telefon: Norden 8054 und 12255
 Filiale: Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 46-47
 Telefon: Wilhelm 987
 Kataloge nach auswärtig gratis u. franko

Volksbühne E.V.
 Geschäftsstelle C 25, Liebenstr. 227.
 Wir machen nochmals auf die am Montag, den 5. Oktober, abds. 7¹/₂ Uhr, stattfindenden
Mitgliederversammlungen
 aufmerksam. Tagesordnung siehe Heft 1 der „Blätter der Volksbühne“.
 52/12) Der Vorstand.

Dr. Kaufmann'sche Witz-Lohn
 der Wohlfahrts-Waren-Lotterie
 zu Gunsten der
Preuss. Landeszentrale für Säuglingsschutz
 Ziehung 15. u. 16. Oktober 1925
 Lospreis Mk. 1,50
 im Losvertrieb u. d. Geschäftsstelle
CHARLOTTENBURG 5. FRANKSTR. 3

252
Preuss.-Südd. STAATS-LOTTERIE
 Ziehung 1. Klasse am 16. u. 17. Oktob.
 Jeden Monat eine Ziehung
 600000 Lose mit 240000 Gewinnen
 und 2 Prämien in 5 Klassen über
45000000
 Höchstgewinne, Prämien u. Hauptgewinne:
2 Millionen
1 Million M.
 2x 500000
 2x 500000
 2x 300000
 2x 200000
 10x 100000
 Amt. Plan gratis u. franko. Alle Los-Nrn. u. Gewinne werden wieder einzeln gezogen.
Los-Preise:
 für jed. Klasse, gleich (für alle 5 Klassen aus. schießl. = 3 M. schießl. = 15 M.
 viertel = 0 M. viertel = 30 M.
 halbe = 12 M. halbe = 60 M.
 ganze = 24 M. ganze = 120 M.
 Original-Lose (Stamm-Nr. in jeder gewünschten Kiste) empfiehlt und verwendet der Staatl. Lotterie-Einnehmer
Friedr. Müller
 Berlin C 19 Jerusalem Str. 18
 nächst der Leipziger Str.
 Postcheck-Konto: Berlin 81158.
 Teleg.-Adresse: „Müller Müller“.

Tausende Familien
 machen von meinem Kreditsystem Gebrauch
Jeder Kauf eine Empfehlung
 Auf Kredit und gegen bar

Das Neueste für Herbst und Winter auf bequemste Teilzahlung
für Herren Elegante Rock-Paletots, Herren-Paletots und Winter-Anzüge und Sammt-Mäntel, Knaben- und Kinder-Mäntel und Anzüge
für Damen Damen-Mäntel mit und ohne Pelz-Kragen / Kostüme, Pelz-Jacken und Mäntel, Kleider / Strickwesten, Pelz-Kragen und Schals
 in besonderen Abteilungen:
Möbel-Einrichtungen — Einzelne Möbel
 Teppiche — Gardinen — Stappdecken
A. DAMITT
 Rosenhaler Straße 46-47, 4. Etage

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Achtung! Verwaltungsmittglieder!
 Am Freitag, den 2. Oktober, findet eine Sitzung der mittleren Ortsverwaltung statt.
Achtung! Eisen-, Revolverdreher, Rundschleifer u. Dreherinnen!
 Unter diesjähriger Auszahlung findet am Sonnabend, den 21. Oktober, in der „Krone West“, Gieselerstr. 14, ein Rennen zum Besten von 1500 M. statt. Karten zum Preise von 1,50 M. sind bei allen Lohn- und Steuerämtern und bei allen Kommunalverwaltungen und ab 10 Uhr bis 4 Uhr im Verbandsbüro, Schillerstr. 19, ab 4 Uhr bis 7 Uhr, außer Sonnabends, Zimmer 4 zu haben.
 Die Ortsverwaltung.

Metallbetten
 Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 650 frei. Eisenmöbellfabr. Suhl Thür
Küchen
 Riesen-Auswahl, enorm preiswert!
 Anrichte-Möbel 85 M. 130 M.
 Anrichte-Möbel 95 M. 150 M.
 Anrichte-Möbel 150 M. 215 M.
 Kinderküche, 50 cm 35 M. 55 M.
Küchenmöbel-Fabrik
Laserstein, Luckauer Straße 1
 Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Preisabbau
 auf der ganzen Linie
Möbel aller Art
Garderobe für Damen für Herren
auf Teilzahlung
 Kleine Ratenzahlung
Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141
Kastanienallee 103
 an der Hochbahn
Photoapparate, Feldstecher
 kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kotbuser Damm 98

Fluorin
 Habe ich durch Gebrauch von Obermeyer's Fluorin
Gesundheit
 Befreit, nachdem ich darin alle anderen angewandten Mittel vergeblich probiert, u. in U. der St. W. - 26, 20% verhärtet u. l. - Zur Behandlung ist dieses Creme-Preparat zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien
A. Beheim - Schwarzbachs
 Kaufmännische Privatschule
 (Inh. P. Eggert)
 Neukölln, Anmeldung, Gahneferstr. 1
 und Berliner Str. 83 (Privatwohnung)
 Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1063.

Wunder!

An Angeboten wie diesen hier darf man nicht achlos vorübergehen. — Die Vorteile, die sie bergen, sind wesentliche, und nur an Ihnen liegt's, sie für sich auszunutzen.



Mäntel	Kleider	Kostüme
Phantasie 5 ⁰⁰	Schotten 3 ⁷⁵	Phantasie 12 ⁰⁰
Mouliné 14 ⁰⁰	Cheviot 4 ⁷⁵	Cheviot 19 ⁷⁵
Velours 22 ⁰⁰	Popeline 9 ⁷⁵	Gabardine 29 ⁰⁰
de laine 22 ⁰⁰	Gabardine 14 ⁷⁵	Velours 69 ⁰⁰
Velours 29 ⁰⁰	S a m i 19 ⁰⁰	mit Pelzgarnierung
de laine mit Pelz	Trikot 4 ⁰⁰	
Scalplüsch 49 ⁰⁰	(Kunstseide)	
Wollplüsch-Jacken 35 ⁰⁰	Helvetia 12 ⁰⁰	
Regenmäntel Wetter 12 ⁷⁵	Gesellschafts-Kleider in großer Auswahl	Röcke
Gummi 15 ⁰⁰	Blusen / Jumper	Sport 2 ⁰⁰
Lederol Imprägn. Reine Wolle 24 ⁷⁵	Trikot-Jumper (Kunstseide) 2 ⁷⁵	Cheviot 3 ⁷⁵
	Popeline-Blusen (Jumperform) 7 ⁰⁰	Schotten hübsche Muster 6 ⁷⁵
	Crêpe de chine-Blus. 19 ⁰⁰	Gabardine 7 ⁰⁰
		Ripsware 8 ⁰⁰
		Kinder-Mäntel in großer Auswahl
		Phantasie 4 ⁷⁵
		Tuchware 12 ⁰⁰
		Mouliné 14 ⁰⁰

Die Lösung der Mode: reiche schmeichlerische Pelzverbrämung zu schmiegsamem Velours de laine zeigt dies, vornehm-ruhige Mantel in vollendetester neuester Form. Tiefer Schalkragen, hoch zu schließen

49

C & A
BRENNINKMEYER

Königstraße 33 Am Bhl. Alexanderpl. Chausseestr. 113 Beim Stettiner Bahnhof Oranienstraße Ecke Elisabeth-Ufer

Obige Angebote stehen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshöhne
8 Uhr: **Fiesko**
Morgen 8 Uhr: **Fiesko**

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: **Carman**
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: **Costi Jan tutto**
Schauspielhaus
8: Die große Kartharina — Der Bär
Schiller-Theater
8 Uhr: **Doppelhelmet**

Städtische Oper
Charlottenburg
Heute 7 1/2 Uhr:
Die heil. Ente
Abgänger-Tourist
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige Johanna
von Shaw
Preise v. 1.50-12 M.

Kammerspiele
8 Uhr:
Mann
von Pirandello
Die Komödie
Lustspielhaus
8 Uhr:
Gesellschaft
v. John Galsworthy
Regie: M. Reinhardt

Berliner Theater
8 Uhr:
Gastspiel
Kammerspieler
Rich. Tauber
8 1/2 Uhr: **Die Nacht in Venedig**
Operette in 3 Akten
von
Johann Strauß

Rosa-Theater
7 1/2 Uhr: **König Krause**

Hellmer-Bühnen
Lesing-Th.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
GÖTZ
v. Bertold Brecht
G. Müller, Prasch
Grevenberg,
Mühlhel, Wegener
Preise: 1,50-12 M.

Kleines Theater
Heute geschloß
Sonnabend, 3. Okt.
7 Uhr
Zum 1. Male:
Nochzeitstage
Schauspiel von Gerald
Preise: 3,00-15,00

Tryphon-Th.
Tägl. 8 Uhr
Im Bannencoupe
Schauspiel von Sorensen
und G. Mühlhel
Preise: 1,00-5,00

Theater am Zoo
Täglich 8-10 Uhr:
Oilly-Polly
Operette von Kollo
Emmy Sturm
Curt Bois
Parkettpl. v. 2-12 M.

Deutsches Künstler-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Gastspiel
Fritzi Massary:
Die Teresina
Lustspielhaus
8 Uhr:
Ritter Blaubarts achte Frau

Th. am Schiffbauerdamm
(Neu besetzt)
8: **Lady Fanny** und
Die Divertissementsfrage

Wallner-Theater
8 U.: **Meiseken**

Die Koblanks
Täglich 8 Uhr
im Theater i. d.
Lützowstr. 112
Ecke Florw. Str.
Kammerspielschauspiel
Vorabend des. zahlen
nur halbe Preise
von 50 Pf. an.

Central-Theater
7 1/2 Uhr Uraufführung
Trieschübel

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Claire Dux als
Kamsell Angoi
Kirchhoff, Leuz
Nansen, Arno
Karsavina
Preise der Plätze:
von Mark 2,- an
St. nachm. 3 Uhr:
Kamsell Angoi

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr:
Der glück. Pantoffel

Komische Oper + Morgen Premiere 7 Uhr

Von A-Z

wird mit Recht als die größte Revue der Welt bezeichnet werden können.

Vorverkauf an der Theaterkasse. — Preise 2,- Mk. bis 20,- Mk.)

Täglich 8 1/2 Uhr:
1. Woche
HALLER REVUE
1925/26
„ACHTUNG! VELLE 505!“

THEATER AM GALAXY
Friedenspreise 1
n. Rang von 2 Mk.
Parkett von 4 Mk.
Logen von 8 Mark

2 Sonntag 2
Vorstellungen
8 u. 9 1/2 Uhr
Nachm. die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen

Central-Theater
7 1/2 Uhr Uraufführung
Trieschübel

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Claire Dux als
Kamsell Angoi
Kirchhoff, Leuz
Nansen, Arno
Karsavina
Preise der Plätze:
von Mark 2,- an
St. nachm. 3 Uhr:
Kamsell Angoi

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr:
Der glück. Pantoffel

Theat. d. Westens
Das große
Operettenhaus
Heute 7 1/2 Uhr:
Marischka-
Premiere
Der Orlow

Residanz-Th.
8: **Jugendfreunde**
Booklin, Dewin,
Eggstorf,
Emmerling, Elzer,
Ley, Merkwitz,
Sabo, Semmler

Vorzeiger
dies. Anzeig. zahlen
nur halbe Preise.

Thalia-Th.
8 Uhr: **Annemarie**
Baselt, Diegel-
mann, Heidemann
Dora, Metelka,
Neumann, Wilfan

Sonnt. nachm. 3 1/2
kleine Preise!
im weißen R007

Theater in der
Kommandantenstr.
8 Uhr:
Zum 315. Male
Marie Escher a G.
Ameliese v. Dessau

St. nachm. 3 1/2 U.
kleine Preise!
Ameliese v. Dessau

SCALA
Heute
8 Uhr
Premiere!
Internat. Varieté

Casino-Theater
Lothrin'er Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Das neue Okt.-Prog.
Barla Uen. **Der Wirt**
Dazu nur noch we-
nige Auführungen
Der Köhner
Schwimmer

Herrnfeld-
Theater, Bülowstr. 6
Täglich 8 Uhr:
Was tut sich
im **separé?**
mit Dir, keine Dummheit!

Apollo-Theater
8 1/2 Uhr: **Der Mann,**
der sich verkauft
Schauspiel in
10 Akten, nach dem
Stück v. G. Hauptmann
Bruno Kastner
als Gast
Vorvort. des. nach. Tag

Circus Busch
Tägl. 7 1/2 bis 8 3/4 U.
Der große Erfolg!
„Soll der große Erfolg!“
Russ. Clu. Durw
Fildend, Torpedo
mit der **Clu. Durw.**
1000 Jahre
Deutscher Reihn
Große Wasser-
Anotheose

Metropol Varietés
8 Täglich 8
H. Kohlbrandt
Rich. Schwarz
H. de Grey & Lady
Tate & Tate
Olga Smirnova
4 Savvas
Fred Folkman
3 Nagels
2 Pütz-Loralla

Barnowsky-Bühnen
Theater in der
Königsplatz-Str.
Heute geschloß
Freitag 7 Uhr
Zum 1. Male:
Don Juan u. Faust

Die Trübne
Tägl. 8 Uhr:
Zurück zu
Heilmann

Herrnfeldhaus
Tägl. 8 Uhr:
Margartine

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
Ecke Karlstr.

Konz.-Dir. Wolf und Sachs
Philharmonie. Morgen Freitag, 7 1/2 U.
mit dem **Philhar-**
monischen Orchester

Mahler-Abend
Dir.: **KLEMPERER**
Solt: **Maria OLSZEWSKA**
II. Symphonie und Lieder aus **Verdi's** **Gianni Schicchi**

Auf Teilzahlung Möbel
elox. Schränke, Bettstellen usw.
komplette Zimmerrichtungen
zu billigen Kassapreisen.
Riesenauswahl.

Tischlermeister Julius Apelt
Mein Name bürgt für gute Arbeit
Berlin SO., Adalbertstraße 6.

Pelzwaren
kaufen Sie gut und billig!
Berlin, Neue König-
straße 21, 2 Treppen

WINTERGARTEN
Oktober-Spielplan
Eine Auswahl hervorragender
u. interessanter Kunstkräfte!

Amaraquina
Trade Hysterberg
Werner Amoros
Goschw. Dittler
Hermanns Rubin
Carl Ross

Bert. Hughes Co.
Helena Bekkin
4 Serianys
Revin & Pimpel
Rich. Hayes
Deulig - Woche

Reichshallen-Theater
Mittelsch. 1 Uhr u. Sonntag nachm.
3 Uhr (zu halben Preisen)
D. Volkstheater: „Händel'sches Gluck“
außerdem: „Winterfest am Rhein“
sowie ein reichhaltiger Saal.

Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise!

Dönhoff-Brettli
Familien-Varieté.
Königstr. 8. Sonntag 1 Uhr.

Drei Volkstage

der KIPHO

Kino- u. Photo-Ausstellung / Kaiserdamm

Donnerstag / Freitag / Sonnabend

Aufnahme-Atelier (3-6 Uhr) und
Kino der Viertausend (8, Sonnabd. 7 u. 9 1/2)

Ermäßigter Grund-Einheitspreis

1 Mark

Logen bzw. Orchesterplätze 2 Mark
Dazu erhält jeder Besucher des Kinos 1 Karte
für das Aufnahme-Atelier des nächsten Tages
gratis, ebenso wird jedem Atelier-Besucher
1 Freikarte für das Abendkino verabfolgt.

Sonnabend, 8⁴⁵ Uhr abends: Riesen-Feuerwerk vom Funkturm

Die Ausstellung im Funkhaus ist täglich
von 10-10 Uhr geöffnet

Wiedereinführung des Effektermingeschäfts.

Nur ein Geschäft der Banken.

Der 1. Oktober 1925 ist für das Wirtschaftsleben Deutschlands ein bedeutungsvoller Tag. Ob zum Besseren oder zum Schlimmeren, darüber kann man nur Vermutungen haben. Jedenfalls trifft an diesem Tage eine Reihe bedeutender Ereignisse zusammen. (Senkung der Umsatzsteuer, Aufhebung der meisten Einfuhrverbote, Wiedereinführung der Einfuhrschemata und dann die viel gerühmte „Preislenkungsaktion“ der Luther-Regierung). Es ist nur bedauerlich, daß die Maßnahmen untereinander nicht gleichwertig und nicht der Ausdruck wirklich überlegener Wirtschaftsführung sind, für die im kapitalistischen System keine Möglichkeit ist. Ein gutes Omen sind die inneren Widersprüche der Maßnahmen, die am 1. Oktober zusammenreffen, jedenfalls nicht.

Nun haben auch die Banken geglaubt, zum 1. Oktober ihr Teil zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beitragen zu sollen. Nicht zwar durch eine fühne Verfleinerung der Zinsspanne, mit der sie sich die Dankbarkeit der Luther-Regierung und die größten Verdienste um die Volkswirtschaft erworben hätten; sondern durch die Wiedereröffnung des seit Kriegsausbruch stillgelegten Effektermingeschäfts.

Was ist das Effektermingeschäft?

In die deutsche Sprache übersetzt ist das Effektermingeschäft ein Handel mit Wertpapieren, bei dem zwischen dem Abschluß und der Ausführung des Geschäfts eine bestimmte Zeit liegt. Seine volkswirtschaftliche Bedeutung ergibt sich aus folgendem:

Wertpapiere werden von Leuten gekauft und verkauft, die entweder Kapital anlegen und dafür Dividenden haben wollen oder nur an der Bewegung der Kurse Zwischenverdienste machen wollen. Die ersteren kommen in aller Regel überhaupt nicht an die Börse; sie werden von Banken bedient. Für die letzteren gibt es zwei Hauptarten von Geschäften: Kauf und Verkauf gegen sofortige oder sehr baldige Lieferung der Papiere (Kassahandel) und Kauf und Verkauf auf Zeit (Terminhandel) in den verschiedenen Arten des Prämien-, Stell- und Hochgeschäfts). Beides sind Spekulationsgeschäfte zu dem einzigen Zweck an der Differenz, die die Kursentwicklung bringt, zu verdienen. In dem letzteren wird, wird aber auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt: der Preis der Werke, die hinter den Aktien z. B. stehen, wird festgestellt. Das geschieht sowohl beim Kassahandel als beim Terminhandel. Weil es im kapitalistischen System für Preisfeststellung der Werke von Aktiengesellschaften keine andere Möglichkeit gibt, deshalb ist die Spekulation notwendig. Der Terminhandel erfüllt aber noch eine besondere Funktion. Indem er gegen Zahlung eines Neugesells (Prämiengeschäft) dem Käufer oder Verkäufer ein Rücktrittsrecht vom Geschäft gibt oder beiden die freie Wahl läßt, am festgelegten Termin zu kaufen oder zu liefern und zwar zu vorher nach oben und unten festgestellten Preisen (Stellgeschäft), wird die Preisbildung für die hinter den Aktien stehenden Werke zugleich seiner organisiert und von den täglichen Schwankungen unabhängiger gemacht. Das Effektermingeschäft und die zu seiner Durchführung vereinigten Banken sind also ein Börsenartefakt zur Ausnutzung zeitlicher Preisunterschiede, um daran zu verdienen, mit der volkswirtschaftlichen Wirkung, die Preisbildung der Aktienunternehmungen auf längere Zeiträume zu verteilen und auszugleichen. Sie haben demnach Nebenpflicht mit gefunden Industriekartellen, nur mit dem Unterschied, daß mit Wertpapieren gehandelt wird und nicht Warenpreis, sondern Kursdifferenzen ausgenutzt werden. Man sieht, es kann sich bei der Wiederherstellung des Effektermingeschäfts um eine volkswirtschaftlich äußerst wichtige Sache handeln, ist doch eine gesunde Preisbildung für die Aktienunternehmungen in der kapitalistischen Wirtschaft sicherlich ebenso wichtig, wie eine gesunde Preisbildung für Waren, Arbeitskraft, Geld und Kapital. Dieses Zeitgeschäft in Wertpapieren soll heute wieder hergestellt werden.

Die Grundzüge der neuen Organisation.

An der Berliner Börse soll der Anfang gemacht werden. Hamburg, Frankfurt, Köln, vielleicht auch andere Börsenplätze, sollen später folgen. Rund 250 Banken des Berliner Börsenplatzes schließen sich wieder zusammen, um ab 1. Oktober mit Zustimmung der Regierung den seit reichlich elf Jahren ruhenden „Wertpapierhandel auf Zeit“ neu zu organisieren. Behandelt werden zunächst 26 hochwertige Aktien, die aus der Liste der in Friedenszeiten zum Effektermingehandel zugelassenen Papiere übrig geblieben sind. Zur Genehmigung vorgeschlagen ist die Zulassung weiterer 22 Papiere, so daß die Friedensliste auf 58 nur um zehn unterdrückt sein wird. Dabei handelt es sich natürlich nur um die „schwersten“ und solidesten Papiere: in Frage kommen überhaupt nur Stammaktien deutscher Gesellschaften mit mindestens 10 Millionen M. Goldkapital. Diese Auswahl ist notwendig, weil man nicht die Vorgänge in allen Aktiengesellschaften verfolgen kann, und vor allem, weil bei den Aktien der großen Werke weniger Überraschungen zu fürchten sind. Der innere Wert der Papiere muß einigermaßen gleichmäßig sein (Liquidität), und ihre Sicherheit darf nicht in Frage stehen. Dabei will man so vorsichtig als möglich verfahren, um das neue Geschäft nicht von vornherein zu gefährden. Weil die Kursbewegung gerade der schwersten Aktien heute noch sehr sprunghaft ist, werden vorläufig nicht wie in der Vorkriegszeit Monats- (Ultimo-)geschäfte, sondern Halbmonats- (Media-)geschäfte abgeschlossen. Die sogenannte Liquidation (Ausgleichung und Zahlung der Geminidifferenzen) erfolgt also monatlich zweimal, statt einmal wie früher. Man will aber auch die Verluste begrenzen, Eindrungen durch Zusammenbrüche vermeiden, nur wirklich zahlungsfähige Teilnehmer haben und von vornherein jeden Geschäftsteilnehmer zur größten Vorsicht erziehen. Wie unter Kaufleuten üblich, macht man das nicht durch gutes Zureden, sondern durch Geld, das jeder ins Feuer stellen muß. Der wiederauflebende „Liquidationsverein für Zeitgeschäfte an der Berliner Wertpapierbörse“ organisiert seine 250 Mitglieder in der Liquidationskasse A.-G., in die jedes Mitglied in fünf Stufen von 20 000 bis 250 000 M. eine Garantiesumme einzuzahlen hat, die für die von ihm durchgeführten Zeitgeschäfte haftet und die bis zur vollen Höhe wieder aufzufüllen ist, wenn sie zur Deckung von Verlusten herangezogen werden muß. Außerdem wird noch ein Ueberwachungs-ausschuss gebildet, der die Geschäftstätigkeit der Mitglieder kontrolliert. Man erwartet, wie gesagt, daß die übrigen deutschen Hauptbörsen dem Berliner Beispiel folgen werden und hofft, daß sich im Laufe der Zeit dem Effektermingehäft zu den einzelnen Börsenplätzen selbst das Effektenarbitragegeschäft, das die Kursdifferenzen derselben Papiere zwischen den einzelnen Börsen zum Gegenstand hat, angliedern wird. Soweit die Absichten und die Grundzüge der Organisation.

Die Frage ist, inwieweit die Wiederherstellung des Zeithandels in Wertpapieren zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beitragen kann und inwieweit infolgedessen auch die Arbeiterklasse den Schritt der Banken begrüßen kann.

Wied dem Wiederaufbau der Wirtschaft ein Dienst geleistet?

Das hängt davon ab, ob das neue Effektermingehäft jene normale Preisbildung für Aktienunternehmungen wieder herstellen kann, wie sie in der Vorkriegszeit bestand und wie sie für einen gesunden Aktienmarkt unbedingt erforderlich ist. Das wiederum aber ist abhängig davon, daß, wie in der Vorkriegszeit, keine Aktiengesellschaft mehr Aktienkapital hat, als sie aus dem von ihr erzielten Ertrag mit Dividenden bedecken kann. Nun steht für sehr viele Unternehmungen heute fest, daß ihr Aktienkapital höher ist als ihr Ertrag oder ihre Dividende rechtfertigen. Auf der Börse kommt das darin zum Ausdruck, daß rund 80 Proz. aller in Berlin notierten Aktien unter 100 Proz. bewertet werden, darunter gerade die schwersten Aktien, die für den Terminhandel allein in Frage kommen. Das ist eine Tatsache, an der die deutsche Wirtschaft schwer krank, und es ist bekannt, daß eine der entscheidenden Ursachen dieser Krankheit der die ganze Wirtschaft auszehrende Zins- und Provisionswucher der Banken ist. In der Vorkriegszeit gab es das nicht. Die Banken kamen mit einer Zinsspanne von 1 1/2 bis 2 Proz. aus, gegenüber 7 bis 10 Proz. heute. Weil es auch nie eine Inflation gab, die die Leistungsfähigkeit und den Absatz der Werke, den Wert der Fabrikanlagen und den Nominalwert des Aktienkapitals auf beständige auseinanderrück, waren der Geldnominalwert des Aktienkapitals und den Wert der Unternehmungen einigermaßen identisch. Nur die Höhe der Dividende bildete den Unterschied. Deshalb konnten auch die Aktienkurse von Unternehmungen, die gerade noch die normalen Zinsen herauswirtschafteten, 100 Proz. niemals unterschreiten. Der Aktienhandel an der Börse war ein Handel um Erträge und Dividenden, eine Preisbildung für Unternehmungen, die alle in sich gesund und tatsächlich mindestens das Aktienkapital wert waren, das sie nominell hatten. So war auch das Effektermingehäft nicht Ausdruck einer irrbeliebigen, sondern einer normalen Preisbildung.

Keine falschen Erwartungen!

Gerade dem aber, der Wiederherstellung einer normalen Preisbildung, kann die heutige Wiederherstellung des Effektermingehäfts nicht nützen. Sie kann absolut nicht wiederanknüpfen, wie von den Banken behauptet wird, da, wo 1914 die Fäden abgerissen worden sind. Sie kann nur die Kurse, wie sie heute sind, über oder unter 100 Proz., etwas sorgfältiger, weil auf längere Zeit verteilt, ausgleichen. Sie muß die Kurse, die sie vorfindet, einfach übernehmen; nicht aber kann sie, worauf es für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft hier ankommt, die Preisbildung für Aktienunternehmungen in dem Sinne normalisieren, daß die Unternehmungen auch wirklich mindestens das Aktienkapital wert sind, das sie haben. Dazu kann, von der Industrie her, nur die Verbilligung der Produktion, von den Banken her, nur die Verkleinerung der Zinspanne dienen.

Daraus ergibt sich ein sehr wichtiger Schluß. Der Schritt der Banken, am 1. Oktober den Effektermingehandel wiederherzustellen, ist zwar zweifellos etwas wert; nicht aber für die Volkswirtschaft, wie es scheint, sondern für die Banken selbst; und das ist die Ansicht. Für die selbst, oder im Auftrag der Banken (spekulierenden Banken) wird das Spekulationsgeschäft erleichtert, das Risiko vermindert. Vor allem wird ein neuer Geschäftszweig eröffnet, der über die Liquidationskasse A.-G. den Banken Gewinne bringt. Soll die Liquidationskasse doch nicht nur mit den Garantiesummen Beleihungsgeschäfte machen, sondern auch bei jedem Termingehäft für je 6000 M. von jedem Partner eine Provision von 50 Pf. erhalten und darüber hinaus die Gelder kurzfristig ausleihen. Ob die Banken es heute schon wissen oder nicht, mit ihrem Schritt können sie leider für ihr Interesse am Wiederaufbau keinen Staat machen; denn sie haben die Frage, die Herr Bankier sich auf dem Bankertag seinem Vortrag über den Börsenmineralhandel voranstellte: „Wie können wir die Leistungsfähigkeit des Wertpapierhandels und der Börse zu unserem Vorteil, wie zu dem der Gesamtwirtschaft und des Staates, in ergiebigem Maße steigern?“ nur zu ihrem Vorteil gelöst. Für die Gesamtwirtschaft bedeutet die gefundene Lösung allerbestensfalls, daß sie ihr nicht schädlich zu sein braucht. Von einem positiven Nutzen kann leider keine Rede sein. Der neue Effektermingehandel wird eine Mühe sein, die nur klappert, obwohl es so scheinen mag, als ließe sie voll! R.-r.

Die Augustbilanz der deutschen Banken.

Die Zweimonatsabschlüsse der deutschen Banken vom Ende Juni haben wir als eine Bilanz gekennzeichnet, in der sich die ersten Anzeichen der beginnenden Reinigung der Wirtschaft, der Deflation, bemerkbar machten. Die Zweimonatsbilanzen vom Ende August beweisen, daß unsere damalige Kennzeichnung richtig war. Die deutsche Wirtschaft geht einen neuen Weg. Wie die plötzliche Kursveränderung eines Schiffes in entgegengesetzter Richtung das Schiff aufs schwerste erschüttert, bis es still steht und die neue Richtung nimmt, so wurde die deutsche Wirtschaft erschüttert, als der Stinnes-Zusammenbruch die Gefahr zeigte und eine neue Richtung erzwang. Der Moment des Stillstehens und der Reorientierung der Wirtschaft ist es, den die Abschlußzahlen der Monate Juli-August wiedergeben.

Der gesamte Geschäftsumfang der deutschen Banken zeigt in diesen Monaten die geringste Zunahme seit Beginn dieses Jahres überhaupt. Für die sechs Berliner Großbanken (ohne Handelsgesellschaft) erhöhte sich die Bilanzsumme nur um 37 Millionen Mark gegenüber 225 und 470 Mill. zu Ende Juni und Ende April. Die entsprechenden Zahlen für sämtliche deutschen Kreditbanken sind (die Zahl der berichtenden Banken ist wieder um 3 auf 88 gestiegen) sind 128, 235 und 517 Mill. Der relative Rückgang des Geschäftsumfanges erstreckt sich also auf das ganze Reich. Er zeigt sich auch bei den berichtenden Girozentralen und den Staats- und Landesbanken. Nur ist er bei den letzteren bedeutend geringer.

Falsch ist es, die geringere Zunahme des Geschäftsumfanges als Ausdruck wirtschaftlicher Stagnation zu bezeichnen, wie es geschieht. Das zeigt die Betrachtung im einzelnen.

Die Banken leisten der Wirtschaft ihre laufenden Dienste aus den Mitteln, die ihnen aus der Wirtschaft selbst, aus neugebildetem Kapital und vom Ausland zufließen. In den Bankbilanzen stehen diese Mittel unter den Kreditoren. Nun zeigen die Gesamtkreditoren der Banken ein ganz ähnliches Sinken der Zunahme wie die Bilanzsummen: bei den Großbanken betrug die Vermehrung für Ende August nur 12 Mill. (für sämtliche Privatbanken 69 Mill.) gegen 185 (201) und 371 (405) Mill. für Ende Juni und Ende April. Aber die eigentlichen Depositen, deren Steigerung man als Kapitalbildung des Inlands ansprechen kann, zeigen keine verringerte, sondern eine verstärkte Zunahme. Während sie sich im Abschnitt Mai-Juni bei den Großbanken nur um 156 (194) Mill. (bei sämtlichen

Banken um 114 Mill.) vermehrten, stiegen die Depositen im Abschnitt Juli-August um 156 (194) Millionen Mark. Was noch wichtiger ist, ist die relativ stärkere Vermehrung derjenigen Gelder, die auf länger als 7 Tage, also langfristigen den Banken überlassen sind. In diesen Veränderungen ist ein durchaus günstiges Zeichen zu erblicken. Noch deutlicher kommt das bei den „sonstigen Kreditoren“ zum Ausdruck; wo unter anderem auch die Auslandskredite sich niederschlagen. Die sonstigen Kreditoren sind zwar auch absolut gesunken um 51 (51) Mill.; aber die kurzfristigen sind noch stärker zurückgegangen als mit diesen Betrag, so daß die bis zu 3 Monaten und später fälligen Bankmittel einen bedeutenden Sprung aufwärts machen konnten (24 bzw. 39 Mill.). In diesen Veränderungen kommt zwar möglicherweise ein Rückschlag von Krediten an das Ausland zum Ausdruck; aber was an Krediten geblieben oder neu zugeflossen ist, wird offenbar langfristig angelegt, wie es sich gehört. Auch das ist ein günstiges Zeichen.

Ebenso sind die Aktiengeschäfte der Banken zu beurteilen. Wenn auch die Zunahme des Wechselgeschäfts geringer ist als früher (18 bzw. 85 und 187 Mill. bei den Großbanken; 37, 87 und 141 Mill. bei sämtlichen Banken), so waren die im letzten Abschnitt gewährten Kredite zweifellos günstiger, obwohl sie relativ kleiner waren, als die in den früheren Abschnitten gewährten. Das große Beispiel Stinnes dürfte sich in der ganzen Wirtschaft ausgewirkt haben; weniger, wie leicht angenommen werden kann, die Kontingentierungspolitik der Reichsbank. Für die Wirtschaft ist jedenfalls das „Gefährd“ der Kredite wichtiger als das „Mehr“. In dem starken absoluten Rückgang der Vorkäufe auf Waren dürfte sich die Zurückhaltung bemerkbar machen, die die Banken dem Handel gegenüber üben und auf der anderen Seite die größere Vorsicht im Einkauf und der Lagerhaltung der Wirtschaft selbst. Man lebt vorübergehend stärker von der Hand in den Mund. Das Lombardgeschäft zeigt zwischen der Seehandlung und den Großbanken das unretwillige Wechselspiel, das die Stinnes-Stützung erzwungen hat. Die Pakete, die die Seehandlung im Juni aufnehmen mußte, sind bis Ende August offenbar zum Teil den Großbanken wieder zugeflossen.

Wie die Dinge heute leider noch liegen, muß es den Banken schlechter gehen, wenn es in der Wirtschaft aufwärts geht. Die Konkurrenz unter den Banken hat sich offenbar verschärft, um die relativ kleiner gewordenen Geschäfte wieder härter zu ergattern. So war es keiner Bank möglich, die Reserven zu vergrößern. Die Guthaben bei anderen Banken sind verringert, ebenso die Kassen- und Giromittel; die gegenseitige Unterfütterung mit Akzepten ist verstärkt. Dieser schärfere Kampf äußert sich auch in der allgemeinen Verschlechterung der Liquidität. Seit Beginn des Jahres zeigt diese bei den Großbanken folgende absteigende Kurve: 61,6 — 54,1 — 53,3 — 52,4 — 50,9 Proz.

Das Ergebnis der Zweimonatsbilanzen kann also als ein durchaus zu begründendes Zeichen bewertet werden, daß es bald wieder vorwärts gehen wird, auch wenn die äußeren Krisenzeichen sich noch verschärfen werden.

Deutsche Petroleum-A.-G. Diese Gesellschaft, die bisher eine Interessengemeinschaft mit den Rütgers-Werken hatte, wird dadurch auf eine neue Grundlage gestellt, daß nach langwierigen Verhandlungen in ihr die Petroleum-Interessen der bisherigen Interessengemeinschaft und der Deutschen Erdöl vereinigt werden. Ueber die Einzelheiten des Vertrags haben wir bereits berichtet. Es werden aus den Rütgers-Werken und aus der Deutschen Erdöl-A.-G. alle Petroleuminteressen herausgenommen und in die Deutsche Petroleum-A.-G. eingebracht. Auf der anderen Seite stößt die Deutsche Petroleum-A.-G. alle Unternehmungen ab, die nicht mit Petroleuminteressen zusammenhängen. Der Interessengemeinschaftsvertrag mit den Rütgers-Werken wird gelöst. Den Aktionären der Deutschen Petroleum wurde das Angebot gemacht, ihre Aktien in Aktien der Rütgers-Werke umzutauschen. Von diesem Angebot haben 90 Proz. der Aktionäre Gebrauch gemacht. Die Aktien der Deutschen Petroleum-A.-G. befinden sich jetzt zu drei Vierteln in den Händen der Rütgers-Werke und der Deutschen Erdöl-A.-G., die für ihre Abstufungen zum Teil mit deutschen Petroleum-Aktien abgegolten worden ist. Die Deutsche Petroleum-A.-G. erhöhte in der Generalversammlung, in der die formellen Beschlüsse für diese ganze Transaktion gefaßt wurden, ihr Aktienkapital um 11 Millionen auf 35 Millionen. Die neuen Aktien gehen in den Besitz der Deutschen Erdöl-A.-G. über. Außerdem wurden 4,5 Millionen Genussscheine ohne Stimmrecht geschaffen, von denen 2,5 Millionen von der Deutschen Erdöl übernommen werden, 2 Millionen erhalten die Rütgers-Werke. Die Deutsche Erdöl und die Rütgers-Werke legen ihren Aktienbesitz an der Deutschen Petroleum-A.-G. in eine Gemeinschaft (Pool), die gemeinsam von den beiden beteiligten Gesellschaften verwaltet wird. Die neue Deutsche Petroleum-A.-G. enthält nach den Mitteilungen in der Generalversammlung der Rütgers-Werke und der Deutschen Petroleum 55 Beteiligungen. Davon betreffen 10 Betriebe die Produktion und zwar handelt es sich in der Hauptsache um die Deutschen Erdöl-Beteiligungen, die in Nordwestdeutschland um Celle, Wieze und Hannover liegen, vier sind Betriebe, die in der Gegend von Heide liegen und einige Betriebe befinden sich im Ausland. Acht Beteiligungen betreffen Betriebe der Verarbeitung, 22 Gesellschaften und Betriebe beschäftigen sich mit dem Handel, darunter die Europäische Petroleum-Union und die Petroleum Handelsmaatschappij in Amsterdam. Außerdem befinden sich darunter die sogenannten Oleg-Betriebe. 15 Beteiligungen sind unter der Rubrik „Sonstiges“ zu verzeichnen, darunter eine Beteiligung an dem Deutschen Aero-Lloyd. Wie der Leiter der Versammlung erklärte, ist dieser Zusammenschluß noch nicht das Endstadium. Das Ziel ist der Zusammenschluß der deutschen und womöglich der europäischen Petroleuminteressen in einer Hand.

Wirklich einmal eine Preislenkung — ausgerechnet bei Schnaps. In der Betratsung vom 28. September wurde beschlossen, für das Brennjahr 25-26 das Brennrechtkontingent auf 70 Proz. festzusetzen. Für die Maisbrennereien wurde das Kontingent auf 35 Proz. des Jahresbrennrechts festgesetzt. Der Brennweinpreis beträgt im Durchschnitt nach diesen Beschlüssen 0,54 M. pro Liter. Für Maisbrennwein wird ein Zuschlag von 0,15 M. bezahlt. Die Verkaufspreise wurden wie folgt normiert. Der regelmäßige Verkaufspreis auf 4,30 M., das sind 0,50 M. weniger als bisher; Eßigbrennwein kostet 0,70 M.; Brennspiritus 0,30 M., Spirit für Parfümerie, Heilmittel und alkoholfreie Essenzen 3 M., das ist eine Erhöhung um 1 M. Die Heftollereinnahme, das heißt der Betrag, der von den Einnahmen der Monopolverwaltung an die Reichskasse abzuführen ist, bleibt 2,80 M. pro Liter. Die Bestimmungen gelten ab 1. Oktober.

Woburn Tabletten
In allen Apotheken u. Drogerien zu haben.
lösend, lindernd, erfrischend

Mufftaufträge
überläßt man nur dem Nachweis des
Deutsch. Mufferverbandes, Berlin O 27,
Kndt. 408 R. 21 (Stühlgäßchen 4310, 4048).
Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis
2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Die Aenderung der Lohnsteuer.

Die neuen Bestimmungen ab 1. Oktober 1925.

Am 1. Oktober treten die neuen Bestimmungen über den Lohnabzug in Kraft. Bei den meisten Lohnsteuerpflichtigen wird dadurch die tatsächliche Steuerleistung nicht ermäßigt, bei einigen Gruppen sogar erhöht. Denn trotz aller Anstrengungen ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens über 50 Mark monatlich hinaus durchzusetzen. Um diese soziale Rücksichtlosigkeit zu verschleiern, ist das System des Lohnabzuges geändert worden.

I. Der allgemeine Lohnabzug.

Das neue System ist eine Verbindung zwischen prozentualen Ermäßigungen und festen Abzügen. Es garantiert infolgedessen den unteren Lohn- und Gehaltsempfängern eine Mindestermäßigung für jedes Familienmitglied, beseitigt aber nicht den Zustand, daß die Ermäßigungen bei den höheren Einkommen steigen. Der schwerste Fehler dieses Systems ist aber seine technische Komplexität. Für die beteiligten Lohnsteuerpflichtigen ist das System so undurchsichtig, daß wahrscheinlich nur ein kleiner Teil zu einer eigenen Nachprüfung seiner Steuerleistungen kommen wird. Ein Steuerpflichtiger aber, der die Beteiligten nicht in den Stand setzt, ihre Steuerleistungen nachzuprüfen, wird niemals das Vertrauen erwerben können, ohne das die Lohnsteuer auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann.

Nach dem neuen Einkommensteuergesetz wird vom 1. Oktober 1925 ab der Steuerabzug folgendermaßen geregelt sein:

1. Für den Steuerpflichtigen bleiben vom Arbeitslohn 50 M. monatlich (12 M. wöchentlich) als Existenzminimum, 15 M. (3,60 M.) zur Abgeltung der Werbungskosten und 15 M. (3,60 M.) zur Abgeltung der Sonderleistungen (Versicherungsbeiträge usw.), insgesamt also 80 M. (19,20 M.) vom Steuerabzug frei.

II. Außer den unter I. bezeichneten Beträgen bleiben steuerfrei: 1. entweder (prozentuales System) je 10 Proz. des Einkommens, das über 80 M. monatlich (19,20 M.) hinausgeht;

Table with 2 columns: System description and Amount. Rows include: 2. oder (System der festen Beträge) a) für die Ehefrau, b) das 1. Kind, c) 2., d) 3., e) 4. und jedes folgende Kind je.

Diese Regelung bedeutet, daß bei den niedrigen Einkommen monatlich bzw. wöchentlich mindestens folgende Beträge steuerfrei bleiben:

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include: Lediger Steuerpflichtiger, Verheiratet ohne Kinder, mit 1 Kind, 2 Kindern, 3, 4.

Für jedes weitere Kind bleiben weitere 50 M. monatlich (12 M.) steuerfrei.

Von dem Arbeitslohn, der nach Abzug dieser Freibeträge verbleibt, sind stets 30 Proz. als Steuer einzubehalten.

Welches System für die Berücksichtigung des Familienstandes anzuwenden ist, das der festen Abzüge oder der prozentualen Ermäßigungen, richtet sich nach dem, welches System im einzelnen Fall für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit günstiger wirkt. Bei den niedrigeren Lohnverhältnissen wirkt das System der festen Abzüge günstiger, bei den höheren das System der prozentualen Ermäßigungen. Je nach dem Familienstand ergibt sich ein bestimmter Schnittpunkt, d. h. eine Einkommengrenze, unterhalb des Schnittpunktes wirkt das System der festen Beträge günstiger, oberhalb des Schnittpunktes das prozentuale System. Diese Einkommengrenzen ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Table titled 'Familienstand' with columns for 'verheirateter Arbeiter' and 'lediger oder verwitw. Arbeiter'. Rows list family sizes from 1 child to 10 children with corresponding monthly and weekly earnings.

Aus dieser Tabelle sind die Lohnbeträge ersichtlich, bei denen je nach dem Familienstand die Berechnung der Steuer nach dem einen oder nach dem anderen System zu demselben Ergebnis führt. Hier kann also auch für die Berechnung der Steuer das eine oder andere System angewendet werden. Bei Löhnen, die höher sind, als die in der Tabelle für den betreffenden Familienstand angegebenen Beträge, muß daher das prozentuale System angewendet werden, weil es hier günstiger wirkt, als das System der festen Beträge; bei Löhnen, die niedriger sind, muß das System der festen Beträge angewendet werden, da es hier günstiger wirkt. Wie das System in der Praxis anzuwenden ist, zeigt folgendes Beispiel:

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht einen Jahresarbeitslohn von 3360 Mark. Das ist ein Grenzfall bei dem beide Systeme zum selben Ergebnis führen, wie die folgenden Berechnungen zeigen:

Table showing calculations for a 3360 Mark annual wage. It shows that 10% of 3360 is 336, and 4 x 10% of 2400 is also 336, resulting in a tax of 144 Mark.

Table showing calculations for a 3360 Mark annual wage using the fixed amount system. It shows a tax of 144 Mark after various deductions.

Bezieht derselbe Arbeitnehmer statt 3360 M. nur 3000 M., so ist das System der festen Beträge anzuwenden, da hier eine Steuerpflicht von nur 108 M. besteht, während nach dem prozentualen System 122,40 M. zu zahlen wären. Bezieht jedoch der Arbeitnehmer statt 3360 M. 3720 M., so ist das prozentuale System anzuwenden. Er zahlt nach ihm 145,60 M., während nach dem System der festen Beträge 180 M. zu zahlen wären.

II. Erhöhungen und Erstattungen.

Eine wichtige Neuerung ist ferner die Möglichkeit, beim Vorliegen besonderer Verhältnisse den steuerfreien Lohnbetrag zu erhöhen oder für zuviel gezahlte Lohnsteuer nachträglich auf Antrag die Erstattung vom Finanzamt zu verlangen. Auch diese Bestimmungen sind außerordentlich umfangreich und technisch kompliziert. Wir begnügen uns deshalb mit dem Hinweis, daß schon im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine kleine Schrift erschienen ist: „Die Lohnsteuer und ihre Ermäßigungen und Erstattungen“. Verfasser sind die Genossen Paul Herz und Erich Kinner. Die Schrift enthält neben einer Darstellung des allgemeinen Lohnabzuges zahlreiche Erläuterungen für die Erstattung in den Einzelfällen. Wer deshalb wegen Verdienstaufstiegs, Krankheit, Unterhalt mittelloser Angehöriger, oder bei besonders hohen Werbungskosten eine Erhöhung des steuerfreien Betrages beantragen oder die Rückerstattung zu viel gezahlter Steuern verlangen kann, ziehe zuvor diese kleine Schrift zu Rate.

Notwendigkeit erweisen sollen und verweist auf die günstigen Erfahrungen, die in Rußland gemacht seien.

Abg. Dr. Quast-Jassem (Duis.) erklärt, was in der Deller Bevölkerung geglaubt werde, sei eine Wahnidee. Der erwähnte Lokomotivführer hat nicht nur den Kronprinzen sondern eine Reihe Deller Wärbürger bedauert, es mit seiner Tochter zu halten, und sie mit der Waise bedroht. Er ist als gemeingefährlich ein Jahr festgehalten worden, seitdem aber wieder auf seine Mitmenschen losgelassen worden.

Abg. Voelck (Soc.): Die Bauarbeiter werden dem Verlangen der Unternehmervertreter nach Verlängerung der Arbeitszeit erbitterten Widerstand leisten. Die Zahl der Arbeitslosen sei schon jetzt, wo der Herbst erst beginnt, erschreckend. Der Bauhelfer der Sozialisten fordere heute noch ebenso wie vor zwei, drei Jahren. Ziegelsteine kosteten das Tausend 50 M. gegen 20 M. vor dem Kriege. Die Löhne der Zieglerarbeiter seien erbärmlich. Die gehässige Komplexion des Herrn Labandorff gegen die Wohnungsämter und Städtungsvereine richte sich selbst.

Abg. Meyer-Söllingen (Soc.): Leider verdienen viele Siedlungsgesellschaften das Prädikat „gemeinnützig“ nicht, und damit werden auch die wahrhaft gemeinnützig arbeitenden Gesellschaften in Mißkredit gebracht.

Abg. Dr. Wepl (Soc.) hält es für erforderlich, daß die Gewerbedevisenstellen verdoppelt werden. Fünf Gewerbedevisenstellen seien bei weitem zu wenig.

Demgegenüber weist ein Vertreter der Medizinverwaltung darauf hin, daß die Gewerbedevisenstellen eine ganz neue Einrichtung seien, mit der zunächst ein Versuch gemacht werden sollte.

Abg. Müller-Breslau (Soc.) hält die Akteneinsicht in dem Deller Falle für durchaus notwendig. Der Lokomotivführer sei lediglich auf Angaben seiner eigenen Frau hin ins Irrenhaus übergeführt worden. Diese habe das Verhältnis begünstigt, das der Mann nicht dulden wollte. Wahnideen hätten sich bei ihm erst nach der Internierung eingestellt. Es handle sich um einen Wahnsinnigen, der durch gewissenlose Ärzte unglücklich gemacht sei.

Der Vertreter des Ministeriums erklärt, der Fall werde genau geprüft werden.

Abg. Frau Egg (Soc.) weist auf die Reformbedürftigkeit des Hebammengesetzes hin.

Abg. Meyer-Söllingen (Soc.) fragt nach dem Stande der Brüjung der gegen die Verunreinigung der Flüßläufe eozentuell zu ergreifenden Maßnahmen. Die Wupper werde durch die Abwässer der Fabriken so verschmutzt, daß dort nächstens Zustände nach Art der Hoffrankeheit eintreten müßten.

Der Vertreter der Medizinverwaltung teilt mit, daß eine Kommission die Zustände an der Wupper bereits untersucht hat; eine Wassergewinnlichkeit sei in der Bildung begriffen. Im allgemeinen habe es die Staatsregierung keineswegs an der nötigen Sorgfalt fehlen lassen. Die erforderlichen Abwehrmaßnahmen seien sehr kostspielig.

Abg. Dr. Wepl (Soc.) weist darauf hin, daß Berlin sämtliche Fluhäder aus dem gleichen Grunde habe schließen müssen. In der einseitigen Verhinderung der Verunreinigung der Flüßläufe allein sei die Bekämpfung des Typhus nicht beschlossen; es müsse auch die Bevölkerung aufgeklärt werden, wie die Immun-

ist, die Widerstandsfähigkeit gegen infektiöse Erkrankung zu stärken sei.

Bei den Ausgaben für „Allgemeine Volkswohlfahrt und Erwerbslosenfürsorge“ tritt der Abg. Dr. Wepl (Soc.) für das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in Schankkonzessionsfragen ein.

Die Vertreter der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Volkspartei wenden sich gegen die Währungsfrage.

Nach einer eingehenden Einzelaussprache, an der sich die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sehr lebhaft beteiligten, vertagt sich darauf das Haus auf Donnerstag, 12 Uhr (Handels- und Gewerbeverwaltung).

Schluß gegen 7 Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Includes logo and contact information for the party press office.

- 14. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Freitag, den 2. Oktober, 7 1/2 Uhr, Vortragsabend in der Turnhalle Gunglstraße.
17. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
20. Kreis Reinickendorf: Sonntag, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Reimann (Kaminstraße).

Heute, Donnerstag, den 1. Oktober:

- 1. 10. 7 1/2 Uhr: Mittlere Funktionärskonferenz bei Familie Wittberber, 11.
13. 10. 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Familie, Schöndorfer Weg 1.
14. 10. 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Familie, Schöndorfer Weg 1.

Morgen, Freitag, den 2. Oktober:

- 10. 10. 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Familie, Schöndorfer Weg 1.
11. 10. 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Familie, Schöndorfer Weg 1.

Freitagsveranstaltungen am Freitag, den 2. Oktober:

- 1. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Freitag, den 2. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
17. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.

Jugendveranstaltungen.

- 1. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Freitag, den 2. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
17. Kreis Kamin. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde: Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.

Wohlfahrtsdebatte im Landtag.

Skandal in Dels?

Der Landtag nahm gestern zunächst gegen die Stimmen der Rechten in zweiter und dritter Lesung einen Entwurf zur Vereinfachung der Verwaltung der Hohenzollernschen Lande an und setzte dann die Wohlfahrtsdebatte fort.

Abg. Müller-Breslau (Soc.):

Im Volkswohlministerium wird das Irrenhause Gesetz beraten. Seine schnelle Verabschiedung ist eine Notwendigkeit. Zum Beweise dessen ein geradezu ungeheurer Fall: In Dels in Schlesien wohnt der Lokomotivführer Gustav Rappich mit seiner Familie. Dessen Tochter Hildegard ist Stenotypistin im Schloß des ehemaligen deutschen Kronprinzen. Das junge Mädchen wohnt bei ihren Eltern, hat aber Wohnzimmer im Schloß und kommt tags- und nachtslang nicht in die Wohnung der Eltern. Der Kronprinz besucht auch die Wohnung des Lokomotivführers. Stiefelst „suchte“ er auch dort die „Wahrheit“. Als Rappich nahm an, daß seine Tochter mit dem Zollkernsammeln und außerdem mit einem „rotlogigen Stallungen“ (ich zitiere aus den Akten) ein Liebesverhältnis unterhielt. Er wehrte dagegen an. Seiner Frau schenkte das Verhältnis ihrer Tochter zu gefallen, denn sie dachte, es um 12. August v. J. erklärte Rappich auf das bestimmteste, er werde auf das Schloß gehen und den Kronprinzen zur Rede stellen. Koch an demselben Tage wurde Rappich für geisteskrank erklärt und sofort nach der Heil- und Pflegeanstalt in Bries überführt. Der Fall wurde als Dringlichkeitsache behandelt. Ueber die dringlichen Gutachten wird noch zu reden sein. In der Irrenanstalt erkannte man bald die Harmlosigkeit dieses gutmütigen Menschen. Die Anstaltsleitung behandelte den Unglücklichen human und gerecht. In Dels würde diese Internierung viel Staub aufwerfen. Aber noch mehr erbitterte das ganze Leben und Treiben des ehemaligen Kronprinzen. Man hätte fast die gesamte Bevölkerung dieses Städtchens in Irrenhäuser stecken müssen, denn sehr viele hatten die gleiche „Wahnidee“. Schließlich erhielt der Redner von dem Landesratspräsidenten für Schlesien die Genehmigung zur Akteneinsicht, zur Rücksprache mit Rappich und zum Besuch der Anstalt. In Begleitung des Landesrats Matthias war ich am 25. August d. J. in Bries. Am 30. August wurde Rappich aus der Anstalt als „gebessert“ entlassen. Der Redner folgert aus diesem Vorkommnis, daß Internierungen von angeblich Geisteskranken nicht nur auf bloße Angaben von Familienmitgliedern erfolgen dürfen. Im Falle Rappich sei bei den Akten auch nicht die geringste Anmerkung einer dritten Person. Der Minister müsse die Behauptungen prüfen.

Abg. Frau Kanner (Soc.) bringt neue Beispiele vor, die die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung als eine

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Sowjet-Rot-Gold“.

- Gesellschaftliche Berlin S. 14. Sechshöfstr. 37/38.
Vortrag am 2. August d. J., abends 8 Uhr, bei Hofmann, Schöndorfer Weg 1.
Vortrag am 3. August d. J., abends 8 Uhr, bei Hofmann, Schöndorfer Weg 1.

Arbeiter-Roth-Klub, Ostpreußen Abteilung.

- Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.

Arbeiter-Roth-Klub, Ostpreußen Abteilung.

- Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.

Arbeiter-Roth-Klub, Ostpreußen Abteilung.

- Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.
Samstag, den 3. Oktober, 10 Uhr, in der Turnhalle Gunglstraße.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir Engrospreisen

Herrn- und Damenstoffe

sich an Privatkundschaft

Tuchhaus Ehrig & Tiede Akt.-Ges., Leipziger Straße 104, I. Stock

(gegenüber Kempinski, kein Laden)

Nimm bei Husten, Heiserkeit und Verschleimung Fays echte Sodener Mineral-Pastillen.

Nach 35 Jahren.

Nach ein Jubiläum.

Am 27. September 1890 erschien die letzte Nummer des „Sozialdemokrat“. Seit 1888 war das Blatt in London hergestellt worden, nachdem es Bismarck gelungen war, die Genossen Bernstein, Motteler, Schlüter und Tauscher aus der Schweiz zu vertreiben. Später folgte Richard Fischer nach. Bismarck hatte Kage genommen für die Verhaftung des deutschen Polizeikommissars Wohlgemuth, der in Zürich bei gemeiner Spitzel- und Wählerarbeit auf feiner Tat gefaßt worden war. Die Ausgewiesenen fanden in England eine neue Heimat, von wo aus sie das sozialdemokratische „Blatt“ weiter nach Deutschland importieren konnten. Die deutschen Nachhaber hatten nichts erreicht, nur neue Erbitterung erzeugt.

Elf Jahre lang hat die „Rote Feldpost“ unter der Leitung des „Roten Feldpostmeisters“ Motteler das verpönte Blatt Woche um Woche, in steigender Auflage, in Zehntausenden von Exemplaren über die Grenze speditiert. Hingebende Begeisterung, unerschöpfliche Klugheit und Menschlichkeit haben sich dabei die Hände gereicht. Die vom Berliner Polizeipräsidenten auf die Sozialdemokraten losgelassenen, mit reichen Geldmitteln ausgerüsteten Lockspiegel haben nicht vermocht, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in Deutschland zu unterbinden. Zahllos sind die Beispiele hochherziger Selbstaufopferung und Pflichterfüllung. Schier unerschöpflich auch die Liste der heiteren Episoden in diesem Kleinkrieg gegen ein stupides Unterdrückungsgeheiß.

Ein Beispiel dieser Heldentaten ungenannter Kämpfer gegen das Schandgesetz sei hier nach dem „Sozialdemokrat“ wiedererzählt:

„Ein Proletorier im Staatsbahndienst, ein stiller aber eifriger Genosse, der die Beförderung unserer Briefpost übernommen hatte, war eines Abends, als gerade wieder ein Posten „unterwegs“ war, auf seinem Zimmer im Wartehaus eingeschlafen. Der Gedanke an die Wichtigkeit der Sendung, die er abholen sollte, erfüllte ihn noch im Schlaf. Er träumte, er habe sie bei sich und es fände plötzlich Revision statt und, um das Out zu retten, sprang er im Schlaf — der Einbildung nach — vom Wagen, in Wirklichkeit von etwa 25 Fuß Höhe aus dem Fenster. Er fiel so unglücklich, daß er beide Knie brach. Aber anstatt um Hilfe für sich zu rufen, war sein erster Gedanke der, dafür zu sorgen, daß die Sendung, an der so viel hing, nicht in falsche Hände falle. Wie er das getan, das zu erzählen, würde zu weit führen — genug, in bitterster Winternacht (die Kälte war freilich, ohne daß er es ahnte, sein Glück) und abwohler für einen Weg, den er sonst in wenigen Minuten zurückgelegt, eine Stunde brauchte, schleppte er sich dort hin, von wo aus er Nachricht geben konnte, daß er „behindert“ sei; dann denselben Weg zurück, und nun sorgte der Braue, halb ohnmächtig vor Schmerz und Erschöpfung, für sich selbst.

Es war eine große Zeit, eine furchtbare Schulung im Blutfeuer des Sozialistengesetzes. Alle Versuche der Nachhaber, die Sozialdemokratie zu vernichten, scheiterten an dem Opfermut der Genossen und an der klugen Taktik ihrer Führer. Tausende wurden lediglich ihrer Ueberzeugung wegen von Ort zu Ort gebett, unzählige Epistolen vernichtet, eine Summe von Elend und Erbitterung erzeugt, die zum Schaden des ganzen Staatswesens jahrzehntelang nachwirkte, und die unter dem alten Regime nie ganz überwunden worden ist.

Um der jüngeren Generation unserer Genossen ein Bild zu geben von den Opfern des Schandgesetzes, sei hier eine Zusammenstellung der unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes erlittenen Freiheitsstrafen aufgeführt: An Straßhaft sind verhängt worden 611 Jahre, 6 Monate, 23 Tage. Dazu kamen 119 Jahre, 5 Monate, 13 Tage Unterfuchungshaft, zusammen also 831 Jahre, 6 Tage Gefängnis. Davon entfielen auf Berlin rund 92 Jahre, auf Weipzig 193 Jahre, auf Hamburg-Altona 52 Jahre, München 33 Jahre usw. Nicht eingerechnet sind die in der Ära der Attentate 1878/79 verhandelten zahllosen Majestätsbeleidigungsprozesse, in denen noch den Ergebnissen der Kriminalstatistik in jener Periode allein über 600 Jahre Gefängnis verhängt worden waren.

Die Zahl der Ausgewiesenen betrug 895, davon 304 verheiratet mit 973 Kindern. Viele von diesen mühten, tiefsten Groll im Herzen, ihr Vaterland verlassen, in der Fremde sich eine neue Heimat suchen. Das christlich-deutsche Polizeiregiment trieb die teuflische Geheißigkeit soweit, daß es, wie in Frankfurt am Main, einer Anzahl Genossen den Ausweisungsbefehl am Weihnachtsabend zuerstellte. In Spremberg erlitten Verurteilte die Aufforderung, am Weihnachtsabend 1888 ihre Strafe anzutreten.

Die Sozialdemokratie hat das Schandgesetz niedergedrungen, sie ist von Sieg zu Sieg geschritten. An den Gegnern aber hat sich das prophetische Wort Ignaz Auer's, der uns in seiner Schrift „Nach zehn Jahren“, das Material aus der Ära des Sozialistengesetzes überliefert hat, erfüllt:

„Behe denken, über deren Haupt sich einst der Hag und alle die Wut entladen wird, die durch dieses infame Gesetz erzeugt und angehäuft wird.“

H. B.

Tag für Heimatschutz.

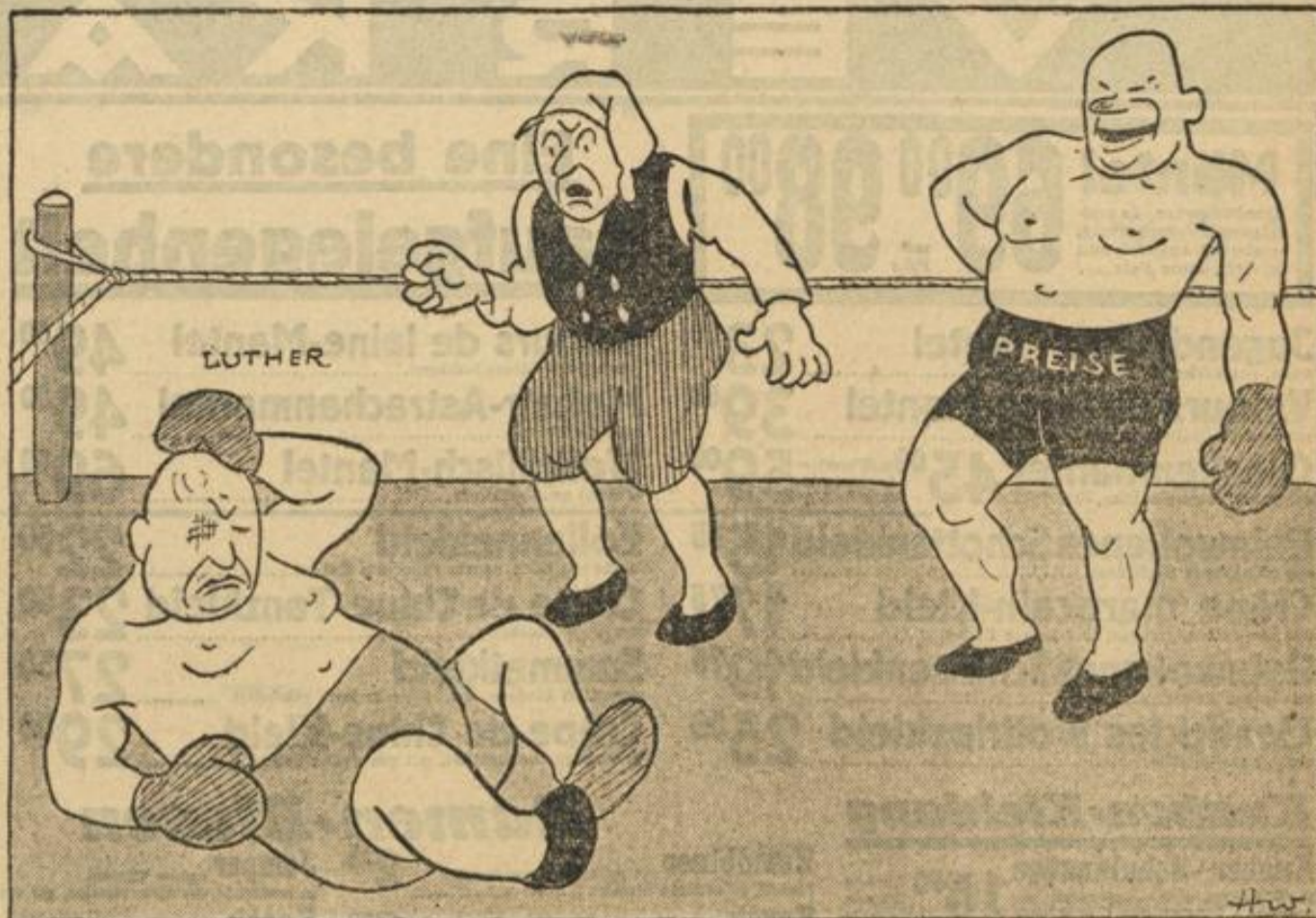
Von Regierungsrat Dr. Landzeitel-Waren.

Wir tagten im schönen Freiburg im Breisgau, bekannt durch die Liebenswürdigkeit seiner Bewohner, seine reichen Kulturschätze an guten Baumerten und seine unvergleichlichen Bausünden, begangen an den altgermännischen Türmen der Umwallung; hochromantische Riesengebäude hat das zwanzigste Jahrhundert aus ihnen gemacht, die das Stadtbild in größter Weise beeinträchtigen.

Der glaubt hatte, auf der Tagung einen Einblick in all die brennenden Fragen des Heimatschutzes zu erlangen, dürfte manches vermist haben. Erklärend wütet heute allenthalben in Deutschland die Eisenbahn- und Landstraßen-Streckenrennen; in den malerischsten Dorfbildern, in den prächtigsten Waldtälern schaut sie dem Reisenden entgegen mit grellen Plakaten der Alkohol-, Schokolade- und Zigarettenfirmen und selbst auch namhafter Tagelöhner. Die geistlichen Vorherrscher schühen das Landschaftsbild; aber kein Verwaltungsbeamter und kein Staatsanwalt denkt daran, diesen Schutz zu verwirklichen. Schlimmer als in den siebziger Jahren grassiert die Kriegardentmalenmode; allenthalben entstehen die minderwertigsten Eisengestirbe, die Umgebung rücksichtslos verschandelnd; die Verunstaltung unserer Dorfkirchen durch minderwertige Grabmalsteine dauert unermüdet an. — Nichts von all dem bewegte den Tag für Heimatschutz; man beschränkte sich auf wenige, wenn auch nicht unwichtige Einzelfragen.

Ueber die Gefährdung des Privatbesitzes an historischen Denkmälern und Kunstsammlungen

Preisboxen am 1. Oktober.



Michel: „Aber Herr Doktor, Sie haben mir doch versprochen, heute den Andern herunterzuhauen!“

durch die Steuergesetze referierten der heftige Gesandte Freiherr von Biegeleben-Berlin und Professor Hensel-Bonn. Die einstimmig angenommene Resolution verlangt steuerliche Schonung für diejenigen, welche zur Erhaltung jener Objekte (wie z. B. seines Barockschloßhagens) infolge wirtschaftlicher Not und steuerlicher Belastung nicht mehr imstande sind. — In der Praxis dürfte auf derartige Forderungen nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung eingegangen sein. Schutz eines Denkmals und steuerliche Schonung des Besitzes sind nicht dasselbe! Da, wo ein Verkauf an einen Erwerber möglich ist, welcher das betreffende Bauwerk zu unterhalten in der Lage ist, hat der Heimatschutz kaum Anlaß, steuerliche Schonung des derzeitigen Besitzers zu fordern. Im Gegenteil! Steuerliches Entgegenkommen aus Gründen des Heimatschutzes ist übrigens wohl auch nur da am Platze, wo das betreffende Denkmal (Schloß und dergleichen) der Allgemeinheit zugänglich ist, und die betreffende Kunstsammlung der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung steht. Im übrigen: Vorsicht und nochmals Vorsicht, meine Herren Bundesgenossen vom Heimatschutz!

Zu einer fruchtbareren Aussprache führte das Thema: „Farbe im Stadtbild“. Das alte Grau unserer Straßen und Häuser ist eine Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts. In früheren Zeiten hat man stets farbig gebaut, eine Übung, die sich auf dem Lande zum Teil noch bis heute erhalten hat. Der Ruf nach Farbe, der heute allenthalben ertönt, hat seine volle Berechtigung. Strenge Grundzüge forderte hierbei der Hauptreferent Professor Wacker-Frankfurt a. M.: Beim Bemalen des Hauses ist Rücksicht zu nehmen auf die Umgebung; die gewählten Farben müssen harmonieren mit dem Blau des Himmels, dem Grün der Bäume und Sträucher, der Naturfarbe des Daches und des Strohpflasters. Buntheit und Farblosigkeit sind zweierlei; die primitiv-lindliche Freude am Bunten, d. h. an einer Häufung der verschiedenartigsten Farben ohne Rücksicht auf die Harmonie des Ganzen ist abzulehnen. Ueber die buntfarbige Bemalung der Frankfurter Altstadt durch den Verein tüchtiger Altstadtfreunde entspann sich eine lebhafteste Debatte. Einig war man sich in der Forderung der Einfachheit, Einheit und Harmonie. Die farbige Gestaltung der Häuser und damit des Straßensbildes oder des Landschaftsbildes sind nicht nur Sache des einzelnen, sondern vor allem auch Sache der Allgemeinheit. Klare städtebauliche Vorschriften sind wohl erst die Basis der kommenden Jahre bringen. Ein Wettbewerb deutscher Städte bezüglich der farbigen Gestaltung des Stadtbildes und der zu erlassenen Bestimmungen wurde vom Oberbaurat Hellweg-Hamburg für 1926 in Aussicht gestellt.

Ueber „Denkmalspflege in Elb-Bothringen bis 1918“ sprach der ehemalige Bezirkspräsident des Unterelsaß, Regierungspräsident Pauli-Botsdam, mit Lichtbildern, die den reichen Bestand an wertvollen Bauwerken in diesem uns immer noch nahestehenden Lande klar vor Augen führten. Ueber den gegenwärtigen Stand dieser Frage erfuhr man leider nichts, da Vertreter aus Elb-Bothringen nicht anwesend waren (!). Das Fehlen dieser Vertreter auf der deutschen Heimatschutztagung wirft die Frage auf: „Wie lange noch?“ Vor dem Arzene arbeiteten die Heimatschutzverbände aller Kulturländer hand in Hand; man fand sich auf internationalen Heimatschutzkongressen zusammen. Gerade die internationale Heimatschutzbewegung, welche die nationale Eigenart der Völker in Sprache und Kultur schützte und erhalten will, beweist, daß national und international keine Gegensätze zu sein brauchen; sie beansprucht daher in besonderem Maße das Interesse auch des denkenden Proletariats. Gerade die wichtigsten Heimatschutzfragen, wie z. B. der Bogenschuß, sind ohne Zusammenarbeit der Naturschutzfreunde aller Länder gar nicht zu lösen. Möge der nächste internationale Heimatschutztag, auf dem sich gleichgesinnte Heimatschutzfreunde aller Kulturnationen die Hand reichen, nicht mehr fern sein!

Das Hirtenvolk der Todas.

Im englischen Südbindien lebt ein aussterbendes Volk, die Todas. Hermann Bieler, ein unternehmungslustiger Weltreisender, hat sie aufgesucht. Er berichtet in seinem, demnächst im Verlag Deutsche Buchvertriebsstätten, Dresden, erscheinenden spannenden Buche „Geheimnisse der Dschungeln. Südbindische Erlebnisse und Abenteuer“ von diesem paradiesischen kleinen Volksstamme wie folgt: „Dieser merkwürdige Drahidenstamm, der weder für noch erntet und hauptsächlich von der fetten Milch seiner starken halbwildern Büffel lebt, zieht immer im Gänsemarsch auf sehr schmaler Fährte von einem interessanten Weiler zum anderen. Ein nur handbreiter Pfad

bildet sich im Grase, dessen Wurzeln darin abstreben. Die häufigen feuchten Niederschläge auf dem oft in den Wolken stehenden Hochplateau wachen das losgetretene Erdreich aus. Wird dann die so entstandene Rille so tief, daß die Todas sich die Fußknöchel darin stoßen, dann legen sie sich neben dem alten einen neuen Pfad an. So hatten sich in diesem jedenfalls stark frequentierten Hochpaß mehr als ein Duzend solcher Rillen dicht nebeneinander gebildet.

Das Hirtenvolk der Todas ist übrigens einer der interessantesten Drahidenstämme. Die Leute sind von hoher, muskulöser Gestalt, haben starke, wohlgebildete Nasen und schöne braune Augen. Feines, lockiges schwarzes Haar umrahmt das dunkle Gesicht mit den schwarzen Lippenbärten.

Die Todas leben in Polgandrie. Die Frau wird gekauft und gehört dann den Brüdern einer Familie gemeinschaftlich. Die Kinder werden nach der Reihenfolge der Geburt den Brüdern, und zwar vom ältesten anfangend, zugeteilt. Von den weiblichen Kindern läßt man nur das Beste am Leben. Infolge dieses Brauches sterben die Todas aus. In meiner Zeit betrug ihre Gesamtzahl etwa nur noch 600 Seelen, also eine verschwindend geringe Zahl.

Wertwüdig sind die Hochzeits- und Bestattungsgebräuche dieses Volkes. Wenn die gekaufte Frau das Haus der Brüder betreten hat, beugt sie sich nieder, und jeder der Männer legt ihr erst den rechten, dann den linken Fuß auf den Kopf. Nach dieser Zeremonie geht sie Wasser holen, ist damit in die Rechte der Hausfrau eingetreten und beginnt ihre Obliegenheiten.

Das Begräbnis der Todas ist jedesmal eine lustspielige Sache. Die Verbrennung der Leiche findet bald nach dem Tode statt, wobei ein Büffel geschlachtet wird, damit der Verstorbene immer genügend mit Milch versorgt sei. Dieses ist das grüne Begräbnis. Nun folgt das dicke, zu dem künstlich verwandten Stämme geladen und vierzig bis fünfzig Büffel geschlachtet werden. Nach Abfingen der Magelleber wird geschmaust und getanzt.

Natürlich vernichtet diese Sitte den Wohlstand des kleinen Volkes. Deshalb haben die Engländer hier energisch eingegriffen und dadurch erreicht, daß die Todas mehrere solcher Bestattungs-feste zusammenkommen lassen, um sie zu feiern. Das Wörtchen leidet sich in fünf Kaffen. Aus den ersten beiden werden die Priester herangezogen. Sie genießen ein göttliches Ansehen und werden Bäl-Bl, das ist Milchmann, genannt. Ihnen liegt die Pflege eines besonderen Büffelstammes ob, der von den Todas hochverehrt wird und dessen Erhaltung und religiöser Dienst ihre ganze Vorstellung ausfüllt. Die Priester müssen sich auf ihr Amt durch ein achtzigjähriges Leben im Walde vorbereiten und vollziehen die Zeremonie dadurch, daß sie Kuhglocken und sonstige eiserne Gerätschaften mit Milch besprengen. Sie müssen die heilige Herde nicht nur bedienen, sondern auch die Kühe melken. Ueber ihnen gibt es noch drei Einsiedler, die deshalb in großem Ansehen stehen, weil man von ihnen sagt, daß Geister in ihnen wohnen. Sie sind die Ratgeber des Volkes in schwierigen Fällen; die Fragenden dürfen aber nur nach vorheriger Erlaubnis und nur von ferne ihr Anliegen vorbringen. Frauen dürfen sie überhaupt nicht betrogen. Sie gehen stets nackt und tragen selbst in der kältesten Jahreszeit nur ein kleines Lendentuch. Eine Herde heiliger Büffel dient ausschließlich ihrem Gebrauch.“

Aus der Frühzeit der Zigarren. Die älteste Nachricht über die „Tabakrollen“ oder Zigarren finden wir in der Anno 1555 erschienenen „Geschichte Nicaraguas“. Es dürfte wohl Interesse erwecken, was der Verfasser des Geschichtswerkes — Don Gonzales Fernandez de Oviedo y Valdez — über die „gerollten Krautblätter“, die sich allmählich die Welt eroberten, zu berichten weiß. Der spanische Geschichtsschreiber äußerte sich — laut einer deutschen Uebersetzung seines Wertes aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts — wie folgt: „Die Indianer berechnen sich bei ihren Zusammenkünften gern in Chicha, einem starken, süßlichen, aus Mais bereitetem Branntwein. Dieser hat das Aussehen von Hühner-Brühe, in welche Eier geschlagen worden sind. Wenn sie nun zu trinken angefangen haben, nimmt der Kazije ein Päckchen Kraut-Blätters, etwa sechs Zoll lang, und so dick, wie ein Mannesfinger. Die Blätters sind zusammen gerollt und mit einem Faden umwickelt. Auf den Anbau des Krautes wird große Sorgfalt gelegt; und aus ihm werden Rollen verfertigt, welche die Indianer an einem Ende anzünden, das andere stecken sie in ihr Maul, ziehen den Rauch ein, behalten ihn eine Zeit lang bei sich und pusten und stoßen ihn alsdann weithin auf dem Raufe, oder auch auf den Rasenbüschen hin. Diese Rollen brennen langsam einen ganzen Tag. (1) Jeder Indianer hat dergleichen, welche sie Inpoquete nennen, auf Hispaniola heißen sie Tobaco.“

KONFEKTION

VERKAUF

Mäntel 69.00 98.00 mit Pelz

Eine besondere Kaufgelegenheit

Fluschmäntel 13.75 19.75 mit Pelzkragen

- Jugendlicher Mantel 23.50
Velours de laine-Mantel 39.50
Glockenmantel 45.00 59.00
Reinwollenes Schottenkleid 15.75
Crêpe marocain-Kleid 17.75
Reinwollenes Schottenkleid 19.75
Gesticktes Wollripskleid 25.50

- Velours de laine-Mantel 49.50
Mohair-Astrachanmantel 49.50
Wollplüsch-Mantel 69.00
Eoliennekleid 22.50
Crêpe de Chine-Tanzkleid 23.50
Sammetkleid 27.50
Crêpe de Chine-Kleid 29.50

- Nutria-Wollplüschjacke 49.50
Jackenkleid 69.00
Jackenkleid mit ganz langer Jacke 98.00
Crêpe de Chine-Kleid mit grossem Volant 33.50
Crêpe de Chine-Kleid mit neuem geschnittenen Volant 37.50
Crêpe de Chine-Tanzkleid 39.50
Stilkleid aus vorzüglichem Liniener Sammet 39.50

Knaben-Kleidung

- Knaben-Schulanzüge 15.50
Knaben-Schulanzüge 22.00
Knaben-Paletots 16.00

Damen-Blusen

- Hemdbluse 2.60
Kasak 3.90
Kasak 6.90
Kasak 7.75

Mädchen-Kleidung

- Mädchen-Kleider 6.50
Mädchen-Kleider 8.75
Mädchen-Mäntel 14.00

Unterröcke 2.75 3.50

Fortsetzung des Verkaufs Glas, Porzellan, Wirtschaftartikel

Unterröcke 3.90 Unterkleider 3.90

HERMANN TIETZ

Am 29. September 1925, vormittags 8 1/4 Uhr beendete ein sanfter Tod das lange Leiden meiner geliebten Frau, unserer treusorgenden Mutter...

Deutscher Verkehrsbund Bezirksverwaltung Groß-Berlin Am Montag, den 28. September 1925...

Unterricht Einjährigenturse, Volksschüler, erfolgreich, Urbanstr. 175...

Ziehung 1. Klasse 16. und 17. Oktober Preuss. Staats-Lotterie 45 Millionen R.-M.

Mochel-Bochel Oranienstraße 58, am Moritzplatz Stets billige Preise

Unterricht Verschiedenes Gelverkehr Arbeitsmarkt

Verkäufe Kaufmann-Wohnmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe...